

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 36. 39. Jg.

3. Sept. 1926

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich freitags. Abonnementspreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. monatlich exkl. Zustellung. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1,- Mk.

Redaktion:

Hans Ronniger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktionsschluss: Montag. Telefon Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24. — Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten.* **Postverlagort Schkeuditz.**

An die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Siebzehn lange Wochen dauert schon der Kampf, der den Bergarbeitern in England von Seiten ihrer Arbeitgeber aufgezungen worden ist. Die Aussperrung der Bergleute erfolgte zu einer Zeit, als schon viele von ihnen nur noch vier, drei und zwei Tage in der Woche zu arbeiten hatten, in einem Augenblick, wo der tatsächliche Verdienst schon auf ein Mindestmaß herabgedrückt war.

Der Kampf wird von den Grubenherren um ein dreifaches Ziel geführt, Herabsetzung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit, distriktweise Regelung der Löhne.

Die letzten Verhandlungen mit den Grubenbaronen sind gescheitert, obwohl der Bergarbeiter-Verband bereit war, wegen der Lohnhöhe Verhandlungen zu führen. Sie sind gescheitert, weil der Bergarbeiter-Verband unter keinen Umständen bereit ist, in der Frage der Arbeitszeit, wie in der Frage der zentralen Lohnregelung irgendwelche Konzessionen zu machen.

In der bürgerlichen Presse ist behauptet worden, daß der Widerstand der Bergleute nachläßt, daß die Bergarbeiter in hellen Scharen die Arbeit aufnehmen. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Über 850 000 englische Bergleute stehen noch im Kampf, trotz all der furchtbaren Entbehrungen, die die monate-

lange Ausschließung von ihren Arbeitsstätten über sie, über ihre Frauen und Kinder verhängt hat.

Es ist den vereinten Anstrengungen der Grubenbesitzer und der Regierung bisher nicht gelungen, den Widerstand der Bergarbeiter zu brechen. Es darf ihnen auch in den kommenden Wochen nicht gelingen.

Die englischen Bergarbeiter führen einen Kampf, dessen Ausgang nicht nur entscheidend ist für die englische Arbeiterschaft, sondern für die Arbeiterschaft in ganz Europa.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Ihr kämpft für eure eigene Sache, wenn ihr alles daransetzt, den englischen Kameraden zu helfen, die sich in bitterer Not befinden und seit Monaten ein leuchtendes Vorbild gewerkschaftlicher Opferbereitschaft und Disziplin geben. Die kleinste Hilfe, jedes Scherflein, das ihr beisteuert, wird den Kampfsmut der englischen Kameraden stählen, wird ihnen das zuversichtliche Bewußtsein geben, daß die internationale Arbeiterbewegung sie nicht im Stich läßt.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, helft den englischen Bergarbeitern, beweist den Gegnern der Arbeiterbewegung diesseits und jenseits der deutschen Grenzen durch die Tat, daß ihr Opfer zu bringen gewillt seid im Kampf für eure Ziele.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ist Wohlstand für alle möglich?

„Es wächst hienieden Brot genug,
Für alle Menschenkinder...“

Der Sozialismus erstrebt einen Gesellschaftszustand, in dem Wohlstand für alle höchstes Gesetz der Staatskunst sein muß. Es ist noch nicht lange her, daß dieser Grundsatz in der „feinen Gesellschaft“ allgemein als Utopie verschrien war. Diese Periode ist endlich überwunden und der neue Zeitgeist hat einen beredten Ausdruck in der deutschen Reichsverfassung gefunden. Aus diesem Grunde ist es auch müßig sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die Gesellschaft auch stets einen gedeckten Tisch für alle hat. Allerdings finden wir heute trotz des Überflusses, der sich allüberall zeigt, krasseste Armut und Elend. Die Not weiter Teile der Völker durchzittert die Erde und bildet die Grundlage der Klassenkämpfe unserer Tage. Und doch hat auch das Bevölkerungsproblem stets die besten Köpfe des Sozialismus beschäftigt; das ist auch der Grund, weshalb wir uns heute mit einem Vortrage beschäftigten wollen, den der englische Gelehrte Sir Daniel Hall dieser Tage in einem überfüllten Saale vor den Vertretern der englischen Wissenschaft hielt. Nach Sir Daniel Hall nähert sich die ganze Welt der Hungerlinie, stehe die Menschheit vor der Gefahr einer internationalen Hungersnot. Es soll nicht gelehnet werden, daß die Worte des englischen Gelehrten in der Versammlung der hervorragenden Wissenschaftler einen tiefen Eindruck hinterließen.

Nach Sir Daniel Hall steht die weiße Rasse der Erde vor folgendem Problem: Die jährliche Bevölkerungsvermehrung (der weißen Rasse) beträgt 5 Millionen. Nach den Berechnungen des Gelehrten braucht der Mensch zu einem menschenwürdigen Dasein pro Jahr wenigstens die Produkte von 2 1/2 Morgen Land. In der Tat hat dieses Verhältnis in der Zeit von 1870 bis 1920 auch zwischen Volksvermehrung und Grund und Boden bestanden. Seit jener Zeit hat sich aber die weiße Rasse um 225 Millionen vermehrt und andererseits sind 450 Millionen mehr Morgen Land der Kultivierung übergeben worden. Nun sind Anzeichen da, die besagen, daß der vorhandene Grund und Boden immer weniger wird. Eine jährliche Bevölkerungsvermehrung von 5 Millionen verlangt auch jährlich einen Zuwachs von 12 Millionen Morgen Land. Nun kann aber unsere Erde diesen jährlichen Zuschuß an Land nicht liefern, während jedoch die Bevölkerung die Tendenz einer immer schnelleren Vermehrung aufweist. In keinem vorausgegangenen Jahrhundert habe eine so rapide Bevölkerungszunahme stattgefunden als im

letzten. Allerdings sind die Gründe für diese Zunahme vor allem in den großen Entdeckungen und Erfindungen zu suchen, die vor etwa zweihundert Jahren einsetzten und besonders den Verkehr revolutionierten. Durch Eisenbahn und Kanäle wurde die Menschheit zu größerer Beweglichkeit gezwungen.

Was sind nun die Möglichkeiten zur Auffindung von neuem urbar zu machendem Grund und Boden in Europa? Es gibt immer noch große Flächen: Wälder, Sümpfe und Hügel, aber die Kosten der Urbarmachung an Kapital und Arbeit sind sehr groß und der zu erwartende Ertrag in gar keinem Verhältnis zu den aufzubringenden Anstrengungen. Sir Hall bezweifelt, ob Rußland — einstmals die Kornkammer Europas — seine frühere Lage jemals zurückerobern könne, selbst dann nicht, wenn es seine frühere Produktivkraft zurückerlangt habe, da auch dort eine immer rapidere Zunahme der Bevölkerung stattfindet, die immer größere Ansprüche stellt.

In Amerika ist fast alles verfügbare Land in Angriff genommen und wenn es auch eine Tatsache ist, daß in Kanada noch 12 000 Meilen unberührtes Land ist, so darf nicht vergessen werden, große Flächen sind auf Grund der Temperaturverhältnisse unkulturbar. Unser Gelehrter hat nur ein Universalmittel um der uns drohenden Hungergefahr zu entrienen und das ist: der Vegetarismus!

„Ist die Ernährung einer größtmöglichen Bevölkerungszahl auf einem bestimmten Flecken Land das Ziel“, meinte Sir Hall, „so wird der Vegetarismus eine immer größere Notwendigkeit, wie das heute schon der Fall ist in Ländern mit dichter Bevölkerung wie Indien und China. (!) Jedoch ist Sir Hall weitsichtig genug um zu erklären: „Unterlassen kann ich es nicht, meinen Gefühlen dahingehend Ausdruck zu verleihen, wenn eine Rasse — nicht das Individuum — bloß zu dem Zweck zum Vegetarismus und Antialkoholismus übergeht, sich beliebig und ohne Ziel und Maß zu vermehren, so kann sie nur zum Sklaventypus nach Art der Arbeitsbienen gerechnet werden!“

Bei allem Pessimismus hat Sir Hall doch noch etwas Raum für Optimismus gelassen, als er auf das Gebiet der Intensivierung und Rationalisierung der Landwirtschaft zu sprechen kam. Es ist zweifellos, auf diesem Gebiete gibt es noch unberechenbare Möglichkeiten. Der Ackerbau befindet sich heute längst in derselben Lage wie die Industrie: Der Landwirt besitzt ebenso wie der Industrielle die Mittel, um die Produktion zu vervier- oder gar zu verhundertfachen, und er könnte dieses mit dem Augenblick zur Wahrheit

machen, wo er das Bedürfnis fühlte und zu einer gesellschaftlichen Organisation der Arbeit an Stelle der kapitalistischen Schritte.

Indessen ist das Bevölkerungsproblem ein solches, das in steigendem Maße die Aufmerksamkeit auf dasselbe gelenkt werden muß. Schon zu allen Zeiten hat dieses Problem die Wissenschaft beschäftigt. Aber der Mann, der zuerst eine große Theorie aufstellte, war der englische Geistliche Malthus in seinem in 1798 erschienenen Buch: „Grundzüge über das Prinzip der Bevölkerungslehre“.

Die von Malthus vor mehr als hundert Jahren ausgesprochene Befürchtung — die Menschen vermehren sich viel schneller als die Nahrungsmittel — hat sich längst als übertrieben erwiesen und ist durch Tatsachen widerlegt worden. Und doch ist es begreiflich, daß solche Theorien entstehen konnten. Im Jahre 1800 befand sich England mitten in der Periode, die unter dem Namen der „industriellen Revolution“ bekannt ist. Der Dampf und die neue Werkzeugmaschine verwandelten die Manufaktur in die moderne große Industrie und revolutionierten damit die ganze Grundlage der alten Gesellschaftsform. Der schräge Entwicklungsgang der Manufakturzeit verwandelte sich in eine wahre Sturm- und Drangperiode der Produktion. Die Steigerung der Produktivkraft, gepaart mit der Vernichtung der alten sozialen Bande, riß das gesellschaftliche Leben aus dem Gleichgewicht. In Mittelengland, Lancashire und West Riding wurden Städte aus dem Boden gestampft. Die Zahl der Bevölkerung für England und Wales (ausschließlich Irland und Schottland), die schätzungsweise 5 Millionen im Jahre 1600 betrug und sich hundertfünfzig Jahre später (1750), um nur 1 1/2 Millionen auf 6 1/2 Millionen vermehrte, belief sich im Jahre 1850 auf 13 800, hatte sich also mehr als verdoppelt. Entvölkerung des flachen Landes und Übervölkerung der Städte, mit den üblichen Begleiterscheinungen: Elend, Entehrung und Wohnungsnot. Das Wohnungselend in den englischen Textilstädten trotz jeder Beschreibung. Die Zusammenpferchung großer Massen von Menschen war um so degenerierender, als jede Kenntnis hygienischer und sanitärer Verhältnisse fehlte. „Die unvermeidlichen Uebel, die sich bei jeder großen Umwälzung in der Technik und der Produktion einstellen, wurden durch die Art der Ungleichheit vermehrt, in der sich die Veränderung vollzog. Die ganzen siebzig Jahre (Epoche der industriellen Revolution) zeichneten sich aus durch eine rapide Aufeinanderfolge enormer Fluktuationen“ schreibt ein bedeutender englischer Wissenschaftler. „Die Schwierigkeiten der Pe-

riode wurden vermehrt durch ein fehlerhaftes Bankwesen und durch Ungewißheiten, die der Krieg erzeugte. Daneben war der soziale Gedanke unserer Tage noch nicht geboren. Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung waren unbekannte Dinge. Man kann sagen, daß die Periode, die England von 1770 bis 1830 durchmachte, von keinem anderen Volke durchgemacht wurde. Die kapitalistischen Auswüchse zeigten sich hier zunächst in ihrer nacktesten Gestalt, ohne daß man die Mittel zur Linderung kannte. Die Versuche, die auf diesem Gebiete von Staatswegen unternommen wurden, erwiesen sich als äußerst mangelhaft. So konnten zwei Grundsätze entstehen, die fast das ganze neunzehnte Jahrhundert beherrschten: das laissez faire, laissez aller (alles gehen, alles geschehen lassen) und der Anarchismus, der jede Einmischung des Staates, dieses „Werkzeug kapitalistischer Ausbeutung“ ablehnte. Nur zu verständlich war in solcher Periode die Entstehung der Theorie der Überbevölkerung und so fielen die Gedanken eines Malthus auf fruchtbaren Boden.

Wir befinden uns in Europa neuerlich in einer Periode der industriellen Revolution, die, gepaart mit den Nachwehen des Weltkrieges Verhältnisse geschaffen, die denen von 1800 bis 1850 ähneln. Damals war es der emporkommende Kapitalismus, der durch die gesellschaftliche Umwälzung die Welt auf den Kopf stellte und grenzenloses Elend erzeugte. Heute ist es der alternde Kapitalismus, der versucht, sich durch die Rationalisierung zu helfen und ein Erwerbslosenheer beispielloser Größe schafft. So steht die Gesellschaft neuerlich vor dem Problem der Überbevölkerung. Da entsteht die Frage, ob dieses Problem geradeso überholt werden wird, wie die Theorie von Malthus überholt wurde? Diese Frage ist bereits von einem Kongreß amerikanischer Gelehrten beantwortet worden, der einmütig die Befürchtungen von Sir Hall als übertrieben ablehnte. Sir James Irvine, Rektor der Universität St. Andrew, erklärte, er sei überzeugt, die Menge des angebauten Getreides der Welt halte gleichen Schritt mit dem Wachstum der Bevölkerung. Die Produktivität des Bodens könnte aber durch rationelle wissenschaftliche Bearbeitung noch beliebig gesteigert werden.

Wenn wir das von Sir Hall aufgeworfene Problem so ausführlich behandeln, so deshalb, um einmal die Begleiterscheinungen zu untersuchen unter denen der Malthusianismus entstanden ist, um dann in der Lage zu sein, Schlussfolgerungen auf die Zeit zu ziehen, die doch, wie wir gesehen haben, so mancherlei Berührungspunkte mit der heutigen Zeit hat.

Aber selbst zugegeben, es bestehe die Gefahr einer Überbevölkerung, werden da von der herrschenden Gesellschaft die unbedingt notwendigen Maßregeln ergriffen? Das muß entschieden verneint werden.

Zunächst haben doch die Baumeister der Friedensverträge sicherlich an so etwas wie eine Gefahr der Überbevölkerung nicht gedacht, im Gegenteil, durch die wahnsinnige Politik der europäischen Balkanisierung künstlich Hunger und Elend erzeugt. Es wird noch lange Jahre dauern, bis man den Wahnsinn der Friedensverträge völlig neutralisiert hat. Erfreulich ist ja, daß der Gedanke eines wirtschaftlichen Locarnogeistes immer mehr an Boden gewinnt. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten scheinen langsam aber sicher die künstlichen politischen Mauern niederzureißen.

Und wie liegen die Dinge auf nationalem Gebiete? Der deutsche Reichstag hat zweifellos bis jetzt noch nicht mit der Möglichkeit einer Überbevölkerung gerechnet, sonst würde er dem Paragraphen 218 gegenüber eine ganz andere Einstellung an den Tag gelegt haben. Wie steht es aber mit einem rationellen Wohnungsbau und dem Siedlungswesen? Gerade die Art und Weise, wie man bis jetzt die Wohnungsfrage auf dem flachen Lande behandelt hat, läßt nicht darauf schließen, daß man in Deutschland an das Bevölkerungsproblem gedacht hat. Desto kräftiger muß die Arbeiterbewegung die sozialen Forderungen der modernen Zeit in den Vordergrund rücken. Immer notwendiger wird es, zu verlangen, daß die sozialen Forderungen der Reichsverfassung verwirklicht werden. Gerade jetzt, wo die Politiker so viel vom sozialen Volksstaat reden, ist es notwendig, daß die Gewerkschaften ein Programm der sozialen Mindestforderungen erheben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Nachdem die Mehrproduktion pro Mann, das ist gegenwärtig Rationalisierung plus erzwungene, erhöhte Arbeitsleistung, so weit gestiegen ist, daß die daraus gesunkenen Belegschaftsziffern der einzelnen Unternehmungen zur Befriedigung des notwendigsten Absatzes vollauf genügen, ist es Zeit sich mit den Folgen dieses, zwar wirtschaftlich notwendigen, aber sozialpolitisch verheerend wirkenden Prozesses zu befassen. Abgesehen von der Tendenz in manchen Betrieben, besonders den kapitalarmen oder unternehmensunlustigen, unter Rationalisierung nur Mehrarbeit des einzelnen in ihrem Betriebe bei

gedrücktem Lohne zu verstehen (worauf wir noch zurückkommen), sind zwei Aufgabenkreise zu lösen, die eigentlich nur ihrem Interesse nach den Arbeitnehmer betreffen: Arbeitsbeschaffung und Lohnsteigerung. Beides in ihren Auswirkungen sich widersprechende Forderungen und doch volkswirtschaftlich notwendig.

Arbeitsbeschaffung, das Tagesgespräch der Zeitung, die Forderung von einzelnen politischen Parteien und den Gewerkschaften. Alle Programme in dieser Richtung laufen auf eine Erweiterung der Notstandsarbeiten hinaus. Ödlandkultivierung, Kanalbauten, Wohnungsbau, Ausbau von Wasserkraften, Anlagen gegen Hochwasser, Elektrifizierung der Eisenbahn etc. sollen als Notstandsarbeiten mit Hilfe von Kapital der öffentlichen Hand das Heer der Arbeitslosen vermindern. Über die Zweckmäßigkeit dieser Projekte soll nichts gesagt sein, ebenso nichts über ihre Finanzierung, da die gegenwärtige Depression Dauererscheinung zu werden beginnt und Hilfe darum not tut. Aber so viel kann gesagt sein, daß alle diese Aktionen, wenn sie zur Ausführung gelangen, nur während der Dauer ihrer Herstellung einer bestimmten Arbeitermenge Beschäftigung bieten und nach ihrer Fertigstellung Kapital investiert ist, was keine neuen Arbeitsmöglichkeiten schafft (ausgenommen die sehr zweifelhafte Ödlandkultivierung). Außerdem würden mehr wie ein Zehntel aller Erwerbslosen für diese Arbeiten nicht in Frage kommen und dieses Zehntel ist zum Winter bald ausgeglichen, wenn der Zustrom arbeitsloser Saisonarbeiter beginnt. Wir werden also auf kurze Zeit eine fühlbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkte verspüren, das Problem aber auf die Dauer durch die jetzigen Maßnahmen der Regierung nicht lösen. Mithin gilt es dieses aufhebende Moment zu beseitigen resp. einzuschränken. Seit jeher beeinflussen die Saisonschwankungen unseren Arbeitsmarkt mit einer Regelmäßigkeit, die schon längst uns zur Abhilfe hätte mahnen sollen. Große Gewerbebezüge, wie Landwirtschaft, Baugewerbe und deren Auftragsindustrien, Textil- und Schuhindustrie, ferner Teile der Eisen- und Holzindustrie belegen sich saisonmäßig kurz, um dann am Ende des Jahres abzuflauen. Diese Schwankung trägt eine stete Unruhe in diese Gewerbe und hemmt eine ruhige Lohngestaltung. Durch zeitliche Ausgleichung der Beschäftigung würde in den bisher stillen Monaten des Jahres die Arbeiterzahl annähernd gleichbleiben. Das starke Fluktuierten auf dem Arbeitsmarkt mit den sich daraus entspinneenden Lohnkämpfen würde für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer im Interesse des Gewerbes aufhören. Die Lösung des Problems liegt also in einer Umgestaltung des Produktionsprozesses. Jedes dieser angeführten Gewerbe hat Voraussetzungen, die seinen Beschäftigungsgang regulieren. Die weitaus am schwierigsten zu beseitigenden: die Landwirtschaft. Der Naturkreislauf läßt sich nicht verändern. Wohl hat der Landwirt seit jeher im Winter durch Gehöftarbeiten und Maschinenreparaturen einen geringen Teil der Arbeitskräfte aus dem Sommer behalten, doch muß es möglich sein, mehr Arbeitskräfte aus flache Land zu binden, indem der Landarbeiterwohnungsbau an den Orten einsetzt, wo es möglich ist, rohstofforientierte Massenartikelindustrien (z. B. Glas- und Porzellanwaren, Haushaltgeräte, Spielzeug) aufzuziehen. Damit die ansässigen Leute im Sommer in der Landwirtschaft, zum Teil für sich, Verwendung finden und im Winter in der nächsten Fabrik arbeiten können. Natürlich müßten solche Unternehmen im Winter auf Lager arbeiten und könnten wegen der Kapitalbindung nicht die üblichen Löhne zahlen. Doch wäre das Ubel geringer als die polnische Wanderarbeiterfrage; denn wer, garantiert, daß bei fortgesetzter Mechanisierung die Frage nicht auch in der Industrie akut wird. Außerdem ist auf dem Lande der Reallohn höher als der Geldlohn. Ganz würden sich natürlich die Folgen des Saisoncharakters der Landwirtschaft nicht verwischen lassen, aber mildern. — Wesentlich anders liegen die Verhältnisse im Baugewerbe. Es wäre sehr wohl denkbar, daß Baumethoden gefunden würden, die das Mauern auch im Winter gestatten würden oder daß im Sommer der Rohbau und im Winter der Innenausbau fertiggestellt würde. Die Mehrbelastung des Baukapitalisten würde dann durch Herabsetzung der hohen Gewinnquote, die heute in der Bauindustrie im Hinblick auf ihren Saisoncharakter üblich ist, parallelisiert werden. Das würde absolut auf keine Schmälerung des Unternehmergewinnes hinauslaufen, denn der Profit wäre nur auf längere Zeit verteilt. Das hätte wiederum zur Folge, daß die vom Baugewerbe abhängigen Industrien ihre stoßweise Beschäftigung, also ArbeiterEinstellung und Entlassung, verlernen und eine gleichmäßigere Verteilung der Aufträge auf die Eisen-, Kalk- und Zementindustrie etc. möglich wäre. Bei der Textil- und Schuhindustrie wirken sich die Saisonschwankungen in einem dauernden Modenwechsel und hundertfachen Formänderungen aus. Sie bedingen eine Vielgestaltigkeit der Produktion und während des ganzen Jahres Produktionsumstel-

lungen. Vorratsproduktion in den stillen Monaten ist unmöglich, weil die Bestände veralten und unverkäuflich werden. Hier kann nur Verzicht auf die Vielgestaltigkeit der Erzeugnisse helfen; zumal diese Industrien mit hohen Unkosten arbeiten. Also Schaffung von billigen Einheitsmustern von der Erzeugerseite her, die während des ganzen Jahres Absatz haben. — So könnte man noch mehr ähnliche Beispiele anführen, wo durch Umorganisation der Produktionsdauer oder des Produktionsprozesses die Saisonschwankungen nicht so fühlbar den Arbeitsmarkt treffen. Wie weit diese Umstellungen in den einzelnen Saisongewerben für unsere Gesamtindustrie von Bedeutung sind, erkennt man an den Rückwirkungen auf die von diesen Industrien abhängigen Wirtschaftsgruppen. In dieser Hinsicht haben sich im Auslande, besonders in Amerika, die Organisationen der Saisongewerbe tatkräftig an das Problem herangemacht, während bei uns in dieser Richtung noch nichts geschieht ist. Die Maßnahmen unserer Organisationen, die dieses Gebiet streifen, sind mehr privatwirtschaftlicher Natur. Durch Verträge gegen Konjunktur- und Saisonschwankungen sucht man die Preise zu fixieren; während die zeitlich, stoßweise Beschäftigung mit ihren Folgen für die Volkswirtschaft als althergebrachte Erscheinung abgetan wird. — Ein weiteres Mittel, schnell für diesen Winter Arbeit zu erzeugen, wäre eine rührige Propaganda in allen Wirtschaftszweigen, Neuanschaffungen, Reparaturen und Verbesserungen vorzunehmen. So wie bei der Post, die durch ein anderes, moderneres System der Landzustellung Aufträge für die Automobilindustrie vergibt. Ebenso wie die verschiedenen Stadtverwaltungen, die Verbesserungen in ihren Einrichtungen nur aus dem Grunde der Arbeitsbeschaffung vornehmen lassen. Es sei erwähnt, daß wahrscheinlich für unsere Justiz die moderne Bürotechnik noch nicht erfunden ist. Natürlich müßte dieser volkswirtschaftlichen Einsicht des Käufers, der Erzeuger mit genauer Kalkulation entgegenkommen, und es wird keinem Unternehmen schaden, wenn es Aufträge zum Selbstkostenpreis hereinnimmt, nur um das Personal zu halten. Aber in dieser Hinsicht wollen wir nicht zu viel verlangen. Denn was liegt einem privatkapitalistisch eingestellten Unternehmer an Arbeitsbeschaffung? Je größer der Andrang, um so billiger und williger die Arbeitskraft. Die Methode hat Schule gemacht, kleiner Umsatz mit großem Nutzen, d. h. wer meine Ware notwendig braucht, muß sie kaufen. Konkurrenz kommt wegen der mangelnden Kapitalbildung nicht auf, außerdem ist man kartelliert und parteipolitisch stramm organisiert, damit das Ausland Zoll genügend fern gehalten wird. Nebenbei wird der Staat durch die vielen Unterstützungen geschwächt und das ist auch wieder dem Geschäft dienlich. Und damit kommen wir zur Lohngestaltung, zur Forderung der Lohnerhöhung.

Eine Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft bedeutet eine Verstärkung der Kaufkraft, eine Entlastung des Arbeitsmarktes und damit Gesundung der Wirtschaft. Sie wird erreicht durch hohe Reallohne — also entweder fallende Preise bei gleichbleibendem Lohnstand oder steigender Lohn bei gleichbleibenden Preisen. Vom letzten Fall ausgehend ist Grundbedingung, daß der Kostenbestandteil eines Produktes, nämlich Lohn, auf Kosten eines anderen, nämlich zu hoher Unternehmerrgewinn oder fallende Unkosten infolge Rationalisierung und Mehrleistung des einzelnen erweitert wird. Dieser letzte Zustand ist heute in einigen Industrien gegeben und es ist recht und billig, wenn diese Arbeiterkategorien ihre Ansprüche geltend machen. Denn nicht die Häufung flüssiger Industriekapitalien an den Kreditmärkten und im Börsengeschäft wird die Gesundung unserer Wirtschaft herbeiführen, sondern die Wiederherstellung des rechten Verhältnisses zwischen Produktionskapazität und Absatz. Und nicht die Einsicht, den Weg der Rationalisierung aus weltwirtschaftlichen Gründen weiter zu beschreiten leitet den deutschen Unternehmer, sondern die starre Notwendigkeit der teuren Arbeitskraft soll zu weiterem Umorganisieren und Mechanisieren führen. Denn Stillstand ist Rückschritt, und nur die teure Arbeitskraft brachte Amerika zu dieser arbeits-technischen Entwicklung, die wir einholen müssen, um nicht eines Tages von amerikanischen Erzeugnissen überschwemmt zu werden. Daß es bei dieser fortschreitenden Amerikanisierung zur Verschlebung der Arbeitsteilung kommt, liegt in der Natur der Dinge, daß durch hohen Lebensstandard der Arbeiterschaft neue Bedürfnisse mit neuen Industrien entstehen, aber auch. In dieser Hinsicht ist es von Interesse, und hierbei wird offenkundig, daß Gewerkschaftspolitik reale Wirtschaftspolitik und nicht Parteipolitik ist, daß namentlich auf der ganzen Linie der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie die Auseinandersetzung zwischen Unternehmer und Arbeitern im Gange ist. Die Schlote rauchen wieder, die Bestände von den Lagern schwinden, die Kurse der Aktien steigen und schließlich ist es keine Überraschung, wenn namentlich die Arbeiterschaft

ihren Anspruch anmeldet, um etwas näher an den Topf zu kommen. Jedenfalls klug war es nicht, daß die Unternehmer kein Entgegenkommen von selbst zeigten und überhaupt einen Gewinn der Werke leugneten. — Im Bergbau fand die letzte Lohnfestsetzung durch Schiedsspruch im Oktober 1925 statt. Steigerung der Mieten, Erhöhung des Brotpreises, Mehrleistung der Arbeiter, die von 901 kg im Januar 1925 auf 1105 kg im Mai 1926, also um 12,6 Proz. gestiegen ist, und die nicht allein auf verstärkte Mechanisierung, sondern zum erheblichen Teil auf Mehrleistung des einzelnen zurückzuführen ist, berechtigten die Forderung auf Lohnerhöhung. Dazu die gute Konjunkturperiode infolge des englischen Streiks, die den Zechenbesitzern unkontrollierbare Gewinne bringt, wie die Kursentwicklung der Kohlenaktien in den letzten Monaten ausweisen. Alle diese Motive, ausschlaggebend das letzte, können nicht damit abgetan werden, daß der englische Streik auch einmal zu Ende geht und damit die Konjunktur vorbei ist. Das sind Fragen, die die Bergbauunternehmer schon bei Zeiten anschnitten werden; aber noch keine Beweise, die das Verhalten der Unternehmer gegen diese gemäßigte Arbeiterschaft rechtfertigen. Außerdem ist es die ausgesprochene Taktik des Kohlsyndikats, auf möglichst langfristige Abschlüsse hinzuwirken und da dieses Verfahren erfolgreich war, bleibt dem Bergbau auch ein Vorteil über die Dauer des Streiks hinaus. — In der Metallindustrie hat außer der bestehenden Lohnordnung die Arbeiterschaft auch das Arbeitszeitabkommen gekündigt. Die tariflichen Lohnsätze sind seit dem 25. Juni 1925 nicht mehr erhöht worden. Der tarifliche Stundenlohn beträgt 70 Pf., während die Akkordbasis 56—60 Pf. ist. Der reine Akkordverdienst ist verschieden, z. B. bei Formern 70 Pf., bei Schlossern und Drehern 76 Pf. Noch länger als die Lohnordnung besteht das Arbeitszeitabkommen, nämlich seit dem 26. Februar 1925. Nur die Gruppe der unmittelbar am Hochofen beschäftigten Arbeiter haben die achtstündige Arbeitszeit. Während andere in einer „Art Arbeitsbereitschaft“ 12 Stunden im Betriebe sind. In den Stahl- und Walzwerksbetrieben beträgt die Arbeitszeit 59 Stunden. In der weiterverarbeitenden Industrie, wie Maschinenfabriken, Gießereien, Eisenhochbau- und Konstruktionswerkstätten wird am kürzesten gearbeitet, nämlich 56 Stunden wöchentlich. Die Forderungen gehen nun dahin, daß im Interesse des Arbeitslosenmarktes in den beiden letzten Gruppen die 48stündige Arbeitszeit eingeführt wird und daß als Ausgleich für den Lohnausfall ein Zuschlag von 10 Proz. beansprucht wird. Die Fixierung weiterer Forderungen und Einzelheiten muß erst noch abgewartet werden, bis dahin wird auf die Tagespresse verwiesen.

Zusammenfassend: Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten unter besonderer Berücksichtigung solcher, die auch nach ihrer Fertigstellung Arbeitskräfte brauchen und sich verzinsen. Ausschaltung der Saisonschwankungen durch angeführte Maßnahmen mit besonderem Augenmerk auf die polnische Wanderarbeiterfrage. Großzügige Propaganda zur Anregung zum Kaufen in allen Verbraucherkreisen, um diesen Winter zu überstehen. Lohnsteigerung als absatz- und rationalisierungsförderndes Mittel. Auf das vernünftige Maß sinkende Arbeitszeit als nachfragehebend auf dem Arbeitsmarkt. Und endlich finanzielle Hilfe aller Arbeitenden, um das Solidaritätsgefühl aller Nichtarbeitenden zu stärken. Denn der wundeste Punkt einer Lohnsteigerung und auch im gewissen Sinne der Arbeitsbeschaffung ist die Lage des Arbeitsmarktes. Und keinem rührigen Vollarbeiter kann verdacht werden, wenn er sich zur Produktion drängt, um das Gefühl des Überflüssigseins los zu werden oder um seine Familie über die Lebensnotdurft zu bringen oder um nicht aus dem Beruf zu kommen. Das weiß das Unternehmertum und seine Kreise auch, und darum sagten wir eingangs, daß beide Probleme Sache der Arbeiterschaft seien. *Erka.*

Wirtschaftslage und Gewerkschaften.

Die allgemeine Wirtschaftslage hat in den letzten Wochen eine besonders bemerkenswerte Veränderung nicht erfahren. Nicht zu verkennen ist jedoch, daß sie eine gewisse Belebung zeigt. Doch darf man sich über den Verlauf dieser Aufschwüngen der Konjunktur keinen allzu rosenfarbigen Hoffnungen hingeben. Bereits in der ersten Julihälfte trat auf dem Arbeitsmarkt eine Besserung ein. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ging von 1,741 auf 1,719 Millionen zurück. Dieser Rückgang setzte sich in der zweiten Julihälfte fort. Am 1. August betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 1,652 Millionen, darunter 324.000 weibliche Arbeitslose. Zu einem wesentlichen Teil wird dieser Rückgang durch den Streik der englischen Bergarbeiter, die internationalen Abmachungen in der Eisenindustrie und die verstärkte Nachfrage nach Arbeitskräften in der Landwirtschaft zurückge-

führt. Der Bergarbeiterstreik zwang die englischen Unternehmer wegen des entstandenen Kohlenmangels zu einer starken Einschränkung der Produktion. Hieraus ziehen die kontinentalen Industrien wachsende Vorteile, wobei auch die deutsche Industrie nicht leer ausgeht. Am deutlichsten tritt diese Tatsache im Kohlen- und Erzbergbau hervor, wo die Förderung in den letzten Wochen stark gestiegen ist und die Haldenbestände eine erhebliche Abnahme erfuhren, im Ruhrgebiet allein im letzten Monat um rund 500 000 Tonnen.

Eine ähnliche Besserung der Geschäftslage weist die Stahlindustrie auf. Der deutsche Stahl erobert sich neue Absatzgebiete, was die Rohstahlgemeinschaft bereits dazu bestimmte, die bisherige Produktionseinschränkung um 2 1/2 Proz. zu verkürzen. In ähnlicher Weise wird von der Textil-, Elektro- und Lederindustrie als Folge der Lähmung der englischen Wirtschaft ein zunehmender Auftragsbestand gemeldet. Außerdem liegen noch günstige Berichte vor für die Maschinen-, Kraftwagen-, landwirtschaftliche Maschinen- sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Für das Baugewerbe ist die Geschäftslage nur teilweise günstig und macht sich hier und da bereits ein Abflauen bemerkbar. Als ungünstig wird die Lage der Feinmechanik- und Uhrenindustrie, der Papier- und Vervielfältigungsindustrie angegeben, wogegen auch hier gewisse Besserungserscheinungen hervortreten. Dagegen ist in den übrigen Industriezweigen, insbesondere der Edel- und Schmuckwarenindustrie, Glas- und Porzellanindustrie sowie im Bekleidungs- und Textilgewerbe noch keine Änderung zu beobachten.

Zu dem Angeführten treten noch einige weitere günstige Umstände. Die Durchführung des Notstandsprogramms der Reichsregierung kann für die wirtschaftliche Lage nicht wirkungslos bleiben, sie muß mit zu ihrer Belebung beitragen. Ferner erwartet man von der Erholung der Frankenvalluten ein Nachlassen des belgisch-französischen Dumpings und von den internationalen Bindungen in der Rohstahl- und Röhrenindustrie sowie von dem Zustandekommen des internationalen Eisenkartells eine Entlastung des inneren Arbeitsmarktes, eine Senkung der Preise und eine Anregung des inländischen Verbrauchs. Ob oder inwieweit sich diese Erwartungen erfüllen, muß dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall erscheint es angezeigt, diese nicht zu hoch zu spannen. Denn wenn sich auch der Auftragsbestand im allgemeinen hebt, so ist doch für verschiedene Industrien festzustellen, daß dieser Umstand auf die Arbeitsmarktlage einen nennenswerten Einfluß noch nicht ausübte, sondern die vermehrten Aufträge mit dem vorhandenen Arbeiterstamm ausgeführt werden, worin sich die Wirkungen der vorgenommenen Rationalisierung der Produktion äußern. Gleichwohl betrachtet man in industriellen und Börsenkreisen den Tiefstand der Krise als überwunden. Diese optimistische Auffassung tritt auch in dem Steigen der Effektenkurse hervor und zeigt sich in der zunehmenden Unternehmungslust der Spekulation, die offenbar auf kommende Gewinne rechnet.

Nach Ansicht der diese Auffassung teilenden Wirtschaftstheoretiker ist in der deutschen Wirtschaft ein starker Wille zum Aufstieg vorhanden, der noch schneller und nachhaltiger auftreten würde, wenn unsere Wirtschaftsführer mehr wirkliche Wirtschaftler und Produzenten als Spekulanten wären. Sie machen ihnen sogar zum Vorwurf, daß sie durch ihren Pessimismus die Krise von der normalen zur katastrophalen Entwicklung trieben und jetzt wiederum den Aufstieg verlangsamten, indem sie sich mehr der Spekulation als der Wirtschaft widmen. Als unberechtigt wird man diesen Vorwurf nicht bezeichnen können, denn was haben die sogenannten deutschen Wirtschaftsführer getan, um den Niedergang der deutschen Wirtschaft zu verhindern oder auch nur aufzuhalten? Wo war bei ihnen der umfassende Blick für die Bedürfnisse der Wirtschaft, als es in den Anfängen der Krise zu handeln galt? Da wäre es für das deutsche Unternehmertum und seine führenden Kreise an der Zeit gewesen, den während des Krieges ins Ungemessene entwickelten Egoismus, seine, das deutsche Volk ins Unglück stürzende Raffgier endlich einzudämmen, einzusehen, daß es so nicht weiter gehen konnte, ihre bis dahin lediglich auf den persönlichen Vorteil bedachte wirtschaftliche Einstellung aufzugeben werden mußte.

Hätten die deutschen Unternehmer nur einen Teil der volkswirtschaftlichen Einsicht besessen, die ihre bedeutungsvolle Stellung in der Wirtschaft erfordert, so hätten sie sich allein aus dem Gang der wirtschaftlichen Entwicklung davon überzeugen müssen, daß ihre Sucht, um jeden Preis viel zu verdienen, die deutsche Wirtschaft dem Zusammenbruch entgegenführte. Diese Einsicht fehlte ihnen jedoch vollständig. Es ist genügend bekannt, wie sie die durch ihr politisches wie wirtschaftliches Verhalten hervorgerufene und geförderte Inflation dazu mißbrauchten, die Verarmung des Volkes für sich gewinnbringend zu gestalten. Daß sie die Aufwertungs-

gesetze, die nichts anderes als eine Vergewaltigung des geltenden Rechts darstellten, dazu benutzten, unzählige kleine Sparer um die Früchte ihres Fleißes und ihrer Entbehrungen zu betrügen, ohne danach zu fragen, daß sie auch deren Kaufkraft vernichteten. Dem gleichen Zweck diente die von ihnen betriebene Herabdrückung der Löhne, die sie demagogisch mit der notwendigen Herabsetzung der Preise verteidigten, ohne daß bis jetzt eine solche eingetreten wäre. Die Folgen haben die Arbeiter in ihrer verschlechterten Lebenshaltung, der Verminderung ihrer Kaufkraft und einer beispiellosen Arbeitslosigkeit zu tragen. Und auch jetzt beginnt bei den Unternehmern noch keine Einsicht zu tagen, daß diese Zustände zu ändern möglich ist, den unfreiwillig felernden Millionen Arbeitern Arbeit und Verdienst geschaffen werden könnte, wenn sie ihre aller Vernunft Hohn sprechenden Politik des wirtschaftlichen Raubbaus aufgeben würden.

Von den deutschen Unternehmern Einsicht und Umkehr zu fordern, wäre jedoch zu viel verlangt. Mit dem Appell an ihre Vernunft ist nichts zu erreichen, denn in wirtschaftlichen Dingen haben sie solche freiwillig noch nie aufgebracht. Das deutsche Unternehmertum hat sich stets durch eine besondere Engstirnigkeit ausgezeichnet und vermochte mit wenigen rühmlichen Ausnahmen nie über seine Nasenspitze hinauszusehen. Wenn es Zeiten gab, wo sich bei ihm eine gewisse Erleuchtung zeigte, so trat diese nicht als Folge innerer Einkehr, beginnender Überlegung auf, sondern sie wurde ihm durch die Verhältnisse aufgezwungen. Die Arbeiter brauchen sich nur an die Zeit der Demobilisierung zu erinnern, wo sich das Unternehmertum ohne weiteres dazu bereit fand, mit den vor dem Kriege auf das wütendste gekämpften Gewerkschaften in eine Arbeitsgemeinschaft zusammenzutreten. Es wußte sehr wohl warum. Die politische Lage war brenzlich. Da hieß es klein beigeben, wenn schlimmeres verhütet werden sollte. Unter solchen Umständen war das Unternehmertum immer bereit, mit sich handeln zu lassen und selbst Zugeständnisse zu machen, die sonst den von ihm vertretenen Grundsätzen entgegenstehen, um freilich sofort, wenn der Zwang aufhörte, zu seinem früheren arbeiterfeindlichen Gepflogenheiten zurückzukehren. Das zeigt aber den Arbeitern, auf welche Weise allein von den Unternehmern soziale und wirtschaftliche Zugeständnisse zu erreichen sind. Nicht dem geduldierten Abwarten und Bitten, sondern nur dem wirtschaftlichen und gesetzlichen Zwange gegenüber findet es sich dazu bereit.

Für die Gewerkschaften besteht deshalb die Notwendigkeit, die Entwicklung der Wirtschaftslage genau zu beobachten und die erforderlichen Maßnahmen für die bei weiterer Aufwärtsbewegung der Wirtschaft eintretenden Kämpfe vorzubereiten. Ohne solche wird es sicher nicht abgehen, denn die Krise hat mancherlei gewerkschaftliche Errungenschaften verloren gehen lassen, die nicht verloren bleiben dürfen. Ein Messen der Kräfte bleibt unter diesen Umständen unvermeidlich. Das Unternehmertum ist sich dieser Sachlage wohl bewußt. Daher rühren vor allem seine Bemühungen, sich der unorganisierten Arbeiterschaft zu versichern, die es in besonderer Weise umschmeichelt und für sich gewinnen will. Die unorganisierten Arbeiter sollen den Unternehmern, wie schon so oft, als Schutzgarde dienen. Bis jetzt hatten diese Bemühungen wenig Erfolg. Es ist eben trotz Massenarbeitslosigkeit nicht mehr so leicht, Heloten zu werben, die sich von den Unternehmern gegen ihre Klassengenossen mißbrauchen lassen. Die Aussichten für einen Wiederaufstieg der Gewerkschaftsbewegung sind so nicht günstig, was alle organisierten Arbeiter zur eifrigen Werbung für die Organisation unter ihren unorganisierten Kollegen und Kolleginnen anspornen muß. *Mattulat.*

Technik, Organisation und Arbeitskraft in der Wirtschaft.

Die hier aufgeführte Reihenfolge dieser drei wichtigsten Faktoren der Wirtschaft besagt nichts über ihre Bedeutung, die am größten sicher bei der Arbeitskraft ist. Diese dient nicht nur dazu, die Maschine in Bewegung zu setzen, sie gehört ebenso zum Aufbau der Technik und zur Durchführung der Organisation. Sie ist also das Primäre.

Diese Tatsache ist innerhalb der Wirtschaft immer noch nicht voll erkannt, und ganz besonders sind es die Unternehmer, die sich gegen deren Anerkennung und vollen Würdigung sträuben. Das ist nur zu erklärlich. Müßten sie doch sonst auch den Träger der Arbeitskraft, den Arbeiter, anders würdigen, und ihren Standpunkt von der eigenen Priorität in der Wirtschaft müßten sie aufgeben. Wir sind nicht nahe genug zu erwarten, die Unternehmer werden jemals zu dieser Erkenntnis kommen; wir begnügen uns mit der Feststellung und sehen unsere Aufgabe darin, diese Tatsache zum eisernen Bestandteil des Wissens der Arbeiter zu machen,

damit sie immer mehr ihre eigene Bedeutung im Wirtschaftsleben erfassen. Wir sind uns auch klar darüber, daß der Einfluß der Arbeiter in der Wirtschaft wächst mit dem Umfange und der inneren Stärke seiner Organisationen und daß sie sich durchsetzen müssen gegen den Willen der Unternehmer.

Wenn heute die freien Gewerkschaften den „Aufbauplänen“ der Industriellenverbände mit längerer Arbeitszeit, niedrigstem Lohn, Abbau der sozialen Einrichtungen zum Wiederaufbau der Wirtschaft, ihr Programm entgegenzusetzen, so geschieht das nicht um der lieben Augen der Unternehmer willen, sondern aus der Erkenntnis, daß nur in einer gut funktionierenden Wirtschaft das Los der Arbeiter besser gestaltet werden kann. Nicht Herabsetzung, sondern Erhöhung der Löhne zur Steigerung der Kaufkraft, um durch erhöhten Konsum die Notwendigkeit und Möglichkeit der Produktion zu schaffen, dem Arbeiter aber auch mehr Lust und Kraft zur Arbeit zu geben. Weiter durch Umorganisation der Betriebe und der Gesamtwirtschaft, und durch Indienststellung moderner Maschinen die Produktion zu steigern, um dadurch eine Verbilligung der Waren zu erzielen, darin sehen die freien Gewerkschaften Mittel zur Gesundung der Wirtschaft. Da wir aber noch nicht von einer gesunden Wirtschaft reden, wenn die Profite steigen, so müssen wir zugleich fordern durch Verkürzung der Arbeitszeit von 8 auf 7 Stunden täglich für die aus der Produktion ausgestoßenen Arbeitskräfte Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Nicht Abbau, sondern Ausbau der Sozialversorgung, um die Opfer der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität nicht untergehen zu lassen. Durch diese Gegenüberstellung ist in knapper Weise der Abgrund aufgezeigt, der sich zwischen den zwei Welten der Arbeiterklasse und der Unternehmer auflutet.

Womit wir uns heute hauptsächlich befassen wollen ist dies: *Die Arbeitskraft ist der wertvollste Bestandteil der Wirtschaft, sie muß nicht nur in allen Stadien des Lebens erhalten und zwar gut erhalten werden, sondern sie muß auch gut ausgebildet sein.* Mit dem letzteren weisen wir aber auf einen sehr wunden Punkt hin; die Mängel die sich hier zeigen, sind schwerster Natur, die sich an allen Ecken und Enden rächen. Wenn heute so viel gesprochen und geschrieben wird über Technik und Organisation in der Wirtschaft, so muß als drittes unbedingt die Ausbildung der Arbeitskräfte in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden. Diese ist heute noch sehr stark behaftet mit Rudimenten des Mittelalters, die mit der Gesetzgebung und der Handwerks- und Gewerbekammern noch tief in unsere Zeit hineinschneiden. Danach ist die Ausbildung der Lehrlinge eine Sonderangelegenheit der Unternehmer und Meister, für die sich höchstens noch die Eltern interessieren dürfen, die aber bestimmt die Arbeiter oder gar ihre Organisation nichts angehen. Gleich steht es auch mit der Zahl der Lehrlinge; manche Unternehmer können nicht genug bekommen. Daß dann von einer Ausbildung erst recht nicht mehr die Rede sein kann, ist selbstverständlich. Der Lehrling ist ein Bestandteil des Betriebs, den man nach Belieben verwenden kann. Diese Meinung hat sich so stark in den Köpfen festgesetzt, daß sie selbst dort, wo durch tarifliche Bestimmungen Lehrlingsfragen in fortschrittlichem Sinne geregelt sind, noch zur alten Liebe gehören. Auf solchem Boden reift natürlich sehr schwer die Auffassung, die Ausbildung der Lehrlinge in der Hauptsache aus dem Betrieb heraus in gut ausgestaute Industrieschulen zu verlegen. Seit den letzten 20 Jahren hat sich darin allerdings einiges geändert und Schritte in dieser Richtung sind getan, aber der Anfang ist zu winzig, um zu befriedigen. Am besten steht es sicher in jenen Großbetrieben, die eigene Lehrwerkstätten haben in denen die Lehrlinge einen wesentlichen Teil ihrer Lehrzeit verbringen. Da sie aber unter dem privaten Einfluß der Unternehmer stehen, können auch sie nicht zufriedenstellen. Ohne weitgehende und entschiedene Mitwirkung der Arbeiter selbst, ohne öffentliche Kontrolle und Unterbringung der Lehrlinge in Lehrwerkstätten, die getragen sind von den einschlägigen Industrien und dem Staat, ist an eine durchgreifende, allgemein gleich wertvolle Ausbildung nicht zu denken.

Große Fehlerquellen weist auch die Auswahl der jungen Menschen auf, die ihren Berufen zugeführt werden. Meist sind es Zufälligkeiten, die zur Berufswahl führen. In den letzten Jahren haben wir in den Großstädten Berufsberatungsämter, die wertvolle Arbeit leisten, sie sind aber in ihrer Tätigkeit infolge Mangel an Mitteln sehr eingeschränkt. Es werden zwar in Deutschland für militärische Spieleserien rund 700 Millionen jährlich zum Fenster hinausgeworfen, für wichtige Dinge ist aber immer kein Geld da.

Es ist gerade nichts Auffallendes, daß es immer wieder die Gewerkschaften sind, die solche Forderungen erheben, die eigentlich von den Unternehmern kommen müßten. Ohne alle in einen Topf zu werfen, muß doch gesagt werden, die konservativ-rückschrittliche Stellung der Unternehmer als Klasse, läßt solchen Ge-

danken keinen Raum. Die wenigen unter ihnen, die den alten Adam abgelegt haben, sind ohne Einfluß.

Wir wollen aber nicht übersehen, auch in den Reihen der Arbeiter sind noch nicht alle Widerstände überwunden, die sich einer besten Ausbildung der Lehrlinge entgegenstellen. Hat sich das auch wesentlich gebessert, so gibt es immer noch solche, die in dem jungen Menschen nicht den zukünftigen Kollegen, sondern den Konkurrenten sehen. Sie sind ängstlich bemüht von ihrem Können einem anderen nichts mitzuteilen. Wie wir oben die Gewerbekammern als Rudimente des Mittelalters, so müssen wir diese Denkweise als kapitalistische Rudimente in den Gehirnen der Arbeiter bezeichnen. Ein Unternehmer sieht in dem anderen immer nur den unangenehmen Konkurrenten, sobald in seinem Betrieb dieselben Waren hergestellt oder gehandelt werden, wie bei ihm. Jeder Unternehmer hütet seine „Geschäftsgeheimnisse“, damit er ja immer eine Nasenlänge dem anderen voraus sei. Ist das zwar auch in der Regel nur Einbildung, so meinen doch diese „Wirtschaftler“ sich damit einen Dienst zu erweisen. Für den Arbeiter ist eine solche Stellungnahme unwürdig, er muß in erster Linie darauf bedacht sein, tüchtige Berufskollegen und tüchtige Menschen aus dem Nachwuchs zu machen. Hat es je einem Lehrer geschadet, wenn er seinen Schülern das Beste gab, beklagen wir uns nicht ständig, daß die Schule an uns und unsern Kindern schwer sündigt, weil sie uns nur notdürftiges Wissen übermittelt hat und soll das mit dem Berufswissen anders sein? Mit nichten! Vom Standpunkt der Wirtschaft ist der bestausgebildete Arbeiter, der am rechten Platze steht, die wertvollste Kraft. Wie wir heute mit schlechtem Handwerkszeug oder schlechten Maschinen unter größerer Anstrengung nur weniger und schlechtere Waren erzeugen wie mit den besten technischen Mitteln und Aufwendung weniger Kraft, so quält sich auch der mangelhaft ausgebildete Arbeiter an seiner Arbeit, ohne zum gewünschten Ziel zu kommen, während es dem andern spielend von der Hand geht. Der eine schimpft, er fühlt sich schwach in seiner Minderwertigkeit, was auch im übrigen Leben zum Durchbruch kommt, der andere stellt überall seinen Mann, der seine Interessen, gestützt auf seine Kenntnisse, zu vertreten weiß. —n —l.

Der Kampf um die Arbeiterseele.

I.

Die deutschen Unternehmer haben jahrzehntelang, namentlich aber in der Zeit des stärksten Aufstieges der Industrie, durch rücksichtslose Ausbeutung der Industriearbeiter ungeheuren Raubbau an der Arbeitskraft der Schaffenden vollzogen. Heute beginnt im Unternehmerlager eine neue Geistesrichtung Boden zu fassen mit dem Ziel einer grundlegenden Umwälzung des heutigen Arbeitsverhältnisses.

Diese neue Einstellung ist allerdings nicht getragen von Humanität oder sozialer Einsicht im Unternehmerlager, sondern wird einzig und allein bestimmt von dem nach kapitalistischem Denken folgerichtigen Bestreben, eine noch größere Ausbeute an menschlicher Arbeitskraft zu erzielen. Die Impulse hierzu verdanken die deutschen Unternehmer ebenso wie das Problem der Rationalisierung den Amerikanern, die auf ihre Weise bestrebt sind, auf dem Gebiete der Betriebs- und Arbeitsorganisation stets neue Wege zu finden.

Die Erkenntnis, daß es mit der industriellen Ausnutzung des rein motorisch angewandten Muskelapparates, der „menschlichen Arbeitsmaschine“ nicht getan ist, sondern daß der körperlich arbeitende Mensch, im Gegensatz zu den technisch hochstehenden Arbeitsmaschinen und Apparaten auch noch ein gewisses Erwas besitzt, das ihn über die Tierstufe hebt und seinem Wirken erst einen höheren Sinn und Zweck gibt, und das man mit dem Begriff Seele (Psyche) umschreibt, veranlaßt die Industriellen, neue Mittel und Wege zu suchen, um die Psyche der Menschen dem Arbeitsprozeß resp. dem Gewinnstreben dienstbar zu machen. Man hat durch viele Untersuchungen und Experimente herausgefunden, daß gerade jene seelischen Momente es sind, die im Arbeitsprozeß eine sehr große Rolle spielen, eine ganz neue Wissenschaft ist bereits um die Klärung dieser Probleme entstanden und die Forscher sind weiter bemüht, die Zusammenhänge und die Gesetze zu ergründen, unter welchen menschliche Arbeit im Produktionsprozeß geleistet wird. Besonders ist es den Forschern darum zu tun, festzustellen, wie bei bewußter Anwendung der gewonnenen Resultate der Nutzeffekt der menschlichen Arbeit gesteigert werden kann.

Bei Inangriffnahme dieser Methode haben die deutschen Unternehmer sehr bald herausgefunden, daß sie zu diesem Zwecke die allgewohnen Geleise verlassen müssen, wenn überhaupt ein Erfolg erzielt werden soll. Eine Umstellung auf Seiten der Unternehmer ist Vorbedingung zum Gelingen. Grundlegend muß diese Änderung erfolgen auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik. Auf

diesem Gebiete hat das deutsche Unternehmertum die schwersten Sünden begangen.

Heute müssen die Unternehmer eingestehen, daß die Arbeiterpolitik, die sie in der Vergangenheit zu treiben beliebten, nicht zum Segen der Gesamtwirtschaft geworden ist. Zwischen Unternehmer und Betrieb auf der einen und der Arbeiterschaft auf der anderen Seite ist eine Kluft gewachsen, die innerhalb der bestehenden Wirtschaftsordnung nicht mehr überbrückt werden kann. Daß dem so ist, bezeugt kein Geringerer als der allgewaltige Generaldirektor Vögler, der diesen offenen Bankrott der Arbeiterpolitik des Unternehmertums auf der Tagung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute im Mai 1925 zu Bonn erklärte mit den Worten:

„Vorbeigegangen sind wir an dem wichtigsten Faktor jedes Produktionsprozesses, dem Menschen.“

Damit hat Vögler den wahren Kern des Zwiespaltes zwischen den heutigen Weltanschauungen des Kapitalismus und des Sozialismus berührt. Noch näher aber kommt er dem Problem mit folgenden Ausführungen:

„Aber die Einsichtigen unter uns und vor allem die, auf denen die Verantwortung besonders schwer lastet, sind zu der Erkenntnis gekommen, daß wir in der Arbeiterfrage festgetreten sind. Seit Jahren sind Versuche von hohen Stellen, von Berufenen und Unberufenen, von Organisationen unternommen worden. Wir müssen feststellen, daß wir um keinen Schritt weiter gekommen sind. Die große Masse unserer Arbeiter und, ich muß hinzufügen, auch unserer Angestellten, steht dem Werke und dem Prozeß im Werke fremd, sogar feindlich gegenüber.“

Was hilft es uns, wenn wir uns bemühen, die Hüttenbetriebe und Sie, meine Herren, stets von dem hohen Stand der Technik zu unterrichten?

Was hilft es, wenn Sie die Kenntnisse, die Sie gewinnen, möglich schnell in die Tat umsetzen, wenn ein so gewaltiger Faktor, wie die Arbeiterschaft, nicht innerlich an Ihrer Arbeit teilnimmt?“

Damit erklärt dieser Vertreter und Wortführer der deutschen Schwerindustrie die von den Gewerkschaften schon immer vertretene Ansicht: Der Mensch ist der wichtigste Träger des Produktionsprozesses, er ist die eigentliche Seele desselben. Wo der schaffende Arbeitsmensch mangelt, gibt es keinen technischen und industriellen Aufstieg, ohne ihn ist eine Wirtschaft unmöglich. Mit der Bejahung dieser Tatsache, die auch von den Industriellen nicht mehr geleugnet wird, hängt aber die logische Folgerung zusammen, daß wer die Werte schafft, der maßgebendste Träger der Produktion ist, auch der eigentliche Nutznießer dieser Werte sein müßte.

Ist dem nun so? Hat der arbeitende Mensch entsprechend seiner überaus wichtigen Stellung in Produktion und Wirtschaft den Rang inne, der ihm gebührt? Wenn wir den tieferen Zusammenhängen nachspüren, dann sehen wir, daß einzig und allein die durch die heutige Gesellschaftsordnung bedingte Stellung zu den Produktionsmitteln den Zwiespalt ergab. Ausbeuter und Ausgebeutete können keine tieferen gemeinsamen Interessen im Sinne des Unternehmertums haben, der Kampf um Lohnanteil und um den Inhalt des Arbeitsvertrages wird keinen dauernden Gleichgewichtszustand zulassen.

Da nützt alles Jammern der Industrieherrn und ihrer Führer nichts. Ist es ihnen wirklich ernst mit ihren Versuchen, den seelischen Zusammenhängen auf die Spur zu kommen und die Kluft zwischen Arbeiter und Betrieb (Unternehmer) zu überbrücken, dann sollten sie zweckmäßigerweise einmal mit ihren Ermittlungen unmittelbar bei sich selbst beginnen. Dort würde sicher der Schlüssel zu den heute bestehenden gespannten Verhältnissen in der Industrie zu finden sein. Eine Arbeiterschaft, die man Generationen hindurch brutal unter das Joch der wirtschaftlichen Obermacht gebeugt hat, deren bescheidensten Willen zu einem Eigenleben, zu einem Recht auf Menschsein im Keime zu ersticken man versuchte, kann nicht anders sein, als wie sie heute ist. Sie ist das Produkt einer verfehlten Arbeiter- und Sozialpolitik, die Industrie und Staat in der Vergangenheit getrieben haben. Minderwertigkeitsgefühle, Angst um die wirtschaftliche Existenz, keinerlei entscheidendes Mitbestimmungsrecht in der Vergangenheit, haben große Teile der modernen Industriearbeiterschaft aus dem Zusammenhang mit dem Werkprozeß gerissen.

Aus der drückenden Qual des vom Unternehmer einseitig diktierten Arbeitslebens ist die Haß- und Feindschaft gegen den Betrieb, die Stätte der Produktion, erwachsen, die der Arbeiter als Mittel zu seiner Ausbeutung in der Hand des Unternehmers betrachtet und auf engste mit dessen Person verbindet.

Am deutlichsten kommt letzterer Umstand zum Ausdruck in den Betrieben der Grobindustrie, wo eine sichtbare Berührung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber überhaupt nicht mehr stattfindet. Hier bleibt der eigentliche Arbeitgeber, der Dividenden beziehende Aktionär, in einem unbekanntem Dunkel verborgen, höchstens

die vollziehenden Organe, Direktoren, Meister usw., treten in den Gesichtskreis des Arbeitnehmers. Hier fühlt der Arbeiter höchstens an Stelle des Verwachsenseins mit dem Betrieb einen starken Zwang, eine Macht, in deren Bann ihn seine gänzliche Entblößung von Mitteln um die Existenz treibt.

Sinn und Zweck der Wirtschaft und der Produktion sind so wie geschildert durch die Schuld des Unternehmertums in den Gesichtswinkel des Arbeiters gerückt worden und lassen bei diesem in den weitaus meisten Fällen nur das Gefühl aufkommen, weiter nichts als ein Anhängsel, ein beliebiges Rad im ungeheuren Getriebe des Arbeitsprozesses zu sein, das jederzeit nach Belieben durch ein anderes ersetzt werden kann. Es ist gar nicht zu bestreiten, daß die Beziehungen zwischen Arbeiter und Betrieb locker sind, sie müssen und können aber gar nicht anders sein, wenn der Arbeiter täglich Gelegenheit hat, zu beobachten, wie locker das Arbeitsverhältnis von seiten des Unternehmers gewertet wird, der in Zeiten guter Konjunktur große Teile von Arbeitsuchenden in den Betrieb einstellt und ebenso in Zeiten wirtschaftlicher Krisen erbarmungslos Massenentlassungen vornimmt. Daß diese Verhältnisse heute bestehen und das gesamte industrielle Leben mit einer ständigen Uarast erfüllen, ist nicht Schuld der Arbeiterschaft. Damit ist ein Sachverhalt gekennzeichnet, der dem Wirtschaftsleben und der Arbeiterpsyche unserer Tage seinen Stempel aufdrückt.

Dieses abgerissene Band der Beziehungen zwischen Arbeiter und Betrieb soll nunmehr wieder angeknüpft werden. Der Mensch soll seelisch mit seiner Arbeit verwachsen, um Höchstleistungen vollbringen zu können. Nicht mehr mit dem Körper, mit der Muskelkraft allein will sich die Industrie begnügen, restlos mit seinem ganzen menschlichen Sein soll der Arbeiter der Industrie nutzbar gemacht werden. Das Endziel dieser Bestrebungen ist die Herstellung einer alles umfassenden vollkommenen Werksgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter, zwischen die sich kein Außenstehender, besonders aber keine Organisation, die nach Ansicht der Unternehmer, ein werkfremdes Gebilde ist, zu drängen hat.

Der Plan ist nicht schlecht. Unter dem Motto: „Kampf um die Seele unserer Arbeiter“ hat sich innerhalb der maßgebendsten Kreise der Großindustrie, namentlich aber in der rheinisch-westfälischen Eisen- und Hüttenindustrie ein Kreis von Industriellen und Fachleuten auf psychotechnischem und arbeitsorganisatorischem Gebiet zusammengefunden. Unter der Leitung von Generaldirektor Albert Vögler soll in großzögiger Weise versucht werden, diese Probleme in die Praxis umzusetzen. Unter dieser Leitung wurde das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung“ (Dinta) in Düsseldorf gegründet, das von der Großindustrie finanziert und mit Lehrkräften versorgt wird. Leiter dieses Institutes ist Oberingenieur Karl Arnold von der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G.

Was will nun dieses in solch großem Format aufgezoogene Institut „Dinta“? Das Programm sieht vor:

1. Durchführung von Menschenökonomie in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft. Insbesondere a) psychotechnische Auswahl und Eingruppierung von Lehrlingen, Arbeitern und Beamten; b) Heranbildung von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern in Lehrwerkstätten, Werk- und Industrieschulen sowie Erlichung derselben durch Turnen und Sport; c) praktische Schulung von anzulernenden Arbeitern und Arbeiterinnen sowie Spezialarbeitern in anderen Werkstätten. Theoretische Schulung in Kursen. Systematische Hineilung zum wirtschaftlichen Denken und zur Werksgemeinschaft durch Werkzeitungen; d) Erziehung der Arbeiterinnen sowie der Töchter von Werksangehörigen zu hauswirtschaftlicher Tüchtigkeit; e) produktive Fürsorge bei alten und invaliden Arbeitern durch Schaffung von Alters- und Invalidenwerkstätten.

2. Werbung und Beratung auf dem Gebiete der Menschenökonomie.

3. Praktische Ausführung der erforderlichen Einrichtungen in den Betrieben sowie sachgemäße Überwachung und späterer Ausbau.

4. Heranbildung von Führern und Unterführern: a) Organisations-Ingenieure zur Führung von „Einheiten“; b) Ausbildungs-Ingenieure für Werke und Zechen; c) Werkschulleiter und Lehrer; d) Ausbildungspersonal an Meistern und Vorarbeitern.

Besonders bezeichnend für den Geist, von dem das Institut getragen sein soll, ist die Art der Organisation und Verwaltung. Sie ist wie folgt aufgebaut:

1. Innere Organisation: Ein Kreis von führenden Herren aus Industrie, Bergbau und Landwirtschaft bildet den Verwaltungsrat, welcher einen aus drei Herren bestehenden geschäftsführenden Ausschuss ernannt, nach dessen Weisungen die Institutsleitung arbeitet. Für die einzelnen Industriezweige werden Sonderausschüsse gebildet, in denen die führenden Herren dieser Zweige Sitz und Stimme haben.

2. Außere Organisation: a) Das Deutsche Institut arbeitet zusammen mit den Fachvereinen und dem Langnamenverein sowie im Einvernehmen mit dem Berliner Arbeitsausschuß für Berufsausbildung (Industriearbeiternachwuchs), gebildet vom Reichsverband der deutschen Industrie, der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und dem Datsch (Deutscher Ausschuß für technisches Schulwesen). b) In Deutschland werden Industriegruppen zu Einheiten zusammengefaßt. Jede dieser Einheiten erhält einen Organisations-Ingenieur, der die Pläne des Instituts nach dessen allgemeinen Richtlinien sowie nach den Wünschen und Bedürfnissen der einzelnen Industriezweige und Werke verantwortlich durchzuführen hat. Diese Organisations-Ingenieure bleiben in ihren Stellungen in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis vom Institut, insbesondere steht diesem das Recht der Versetzung und Abberufung zu. Ähnlich ist die Stellung der Ausbildungs-Ingenieure gedacht.

Änderungen in der Reichsversicherungs- und Angestelltenversicherungsgesetzgebung.

Im Reichsgesetzblatt vom 23. Juni und im Reichsarbeitsblatt vom 9. Juli ist das vom Reichstag am 25. Juni 1926 beschlossene Gesetz zur Änderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes veröffentlicht.

Von den Änderungen werden sowohl die Unfallversicherung wie auch die Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung betroffen. Die Änderungen selbst beziehen sich vor allem auf die Bestimmungen, die den Bezug von Kinderzuschüssen, Kinderzulagen und Waisenrenten und den Rentenbezug aus mehreren Reichsversicherungen regeln.

Um es gleich vorweg zu nehmen, die neu beschlossenen Änderungen in der Reichsversicherungs- und Angestelltenversicherungsgesetzgebung bringen für die Versicherten nur geringe Verbesserungen, dafür aber um so mehr sehr einschneidende Verschlechterungen.

In der Unfallversicherung treten folgende Änderungen ein:

Nach den bisherigen Bestimmungen erhält der Verletzte, wenn er eine Rente von 50 und mehr v. H. der Vollrente bezog, für jedes Kind bis zum vollendeten 15. Lebensjahr eine Kinderzulage. Das Kind des durch Unfall Getöteten erhielt eine Waisenrente bis zum vollendeten 15. Lebensjahr. Nunmehr wird die Zulage für das Kind über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt, wenn das Kind des Verletzten nach Vollendung des 15. Lebensjahres sich noch in Berufs- oder Schulausbildung befindet. Über das 21. Lebensjahr hinaus wird die Kinderzulage nicht gewährt. Dieselben Bestimmungen finden auch auf die Waisenrente Anwendung.

Diese Änderungen bringen zweifellos eine Verbesserung. Die Mehrzahl der Rentenbezieher wird aber nicht in den Genuß dieser Verbesserung kommen, da es die soziale Lage, in der sich die Rentenbezieher befinden, nicht erlaubt, ihre Kinder in die Lehre oder gar auf eine höhere Schule zu schicken.

Die Änderungen in der Invalidenversicherung sind folgende:

Bisher hatte der Rentenbezieher für jedes Kind bis zum vollendeten 18. Lebensjahr; auch jede Waise, gleichgültig, ob es in Schul- oder Berufsausbildung stand, einen Kinderzuschuß oder Waisenrente erhalten. Nach den neuen Bestimmungen wird der Kinderzuschuß oder die Waisenrente nur noch bis zum vollendeten 15. Lebensjahr gewährt. Nur dann wird der Kinderzuschuß oder die Waisenrente über das 15. Lebensjahr hinaus weiter gewährt (über das 21. Jahr hinaus jedoch nicht) wenn Berufs- oder Schulausbildung vorliegt.

Die Herabsetzung des Alters bis auf 21 Jahre kann als keine Verbesserung gebucht werden, da nur für einen ganz geringen Prozentsatz der Rentenbezieher die Voraussetzungen für den Bezug des Kinderzuschusses oder der Waisenrente über das 15. Lebensjahr gegeben sein werden. Aber die Herabsetzung des Alters vom 18. Lebensjahr auf das 15. Jahr bedeutet für die Rentenbezieher eine ganz gewaltige Verschlechterung. Der Unterhaltzuschuß, den der Invalide für seine Kinder oder die Waise bis zum 18. Lebensjahr erhalten hat, hat etwas dazu beigetragen, die Not zu lindern. Nun fällt dieser Zuschuß für 3 Jahre weg. Die Wirkung hiervon werden die Rentenbezieher bald zu spüren bekommen.

Und die Änderungen in der Angestelltenversicherung sind von der gleichen Natur, wie bei der Invalidenversicherung. Auch in der Angestelltenversicherung wurde der Kinderzuschuß und die Waisenrente, gleichgültig ob Berufs- oder Schulausbildung vorlag, bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gewährt. Das Alter für die Bezugsberechtigung wurde hier ebenfalls zurückgesetzt und zwar auch vom 18. Lebensjahr auf das 15. Lebensjahr. Liegt Berufs- oder

Schulausbildung vor, so wird auch hier der Kinderzuschuß und die Waisenrente über das 15. Lebensjahr hinaus gewährt, aber nicht über das 21. Jahr.

Von ganz einschneidender, verschlechternder Form sind die Bestimmungen, die den gemeinsamen Bezug von Unfall- und Invalidenrente oder von Unfall- und Angestelltenrente betreffen.

Bevor die Gesetzesänderung vom 25. Juni 1926 erfolgte, kam die Invaliden- und Hinterbliebenenrente und die Angestelltenrente stets neben der Unfallrente zur Auszahlung. Ein Ruhen der Bezüge trat nicht ein. Diese Norm war durchaus gerecht und angebracht. Nunmehr werden die Renten, die man aus mehreren Reichsversicherungen bezieht, mit einander verrechnet. Der neue Stand ist nun folgender:

Ist die Invalidität Folge eines entschuldigungspflichtigen Unfalls, so ruht der Teil des Grundbetrags der Invalidenrente, der dem vom Versicherten bezogenen Teile der Vollrente aus der Unfallversicherung entspricht. Oder aus dem Gesetzestext ins einfache Deutsch übersetzt: Bezieht z. B. der vom Versicherten bezogene Teil der Vollrente 50 v. H., so werden vom Grundbetrag der Invalidenrente (der Grundbetrag beträgt 163 RM. jährlich), wenn eine solche bezogen wird, 50 v. H. in Abzug gebracht.

Gilt die Invalidität wegen Verschlimmerung der Unfallsfolgen nachträglich als Folge des Unfalls, so darf die Ruhensvorschrift nicht zur Kürzung des bisherigen Gesamtbetrags angewendet werden, d. h. die Invalidenrente darf nicht gekürzt werden.

Ist der Tod des Versicherten Folge eines entschuldigungspflichtigen Unfalls, so ruht neben der Rente aus der Unfallversicherung der Grundbetrag der Hinterbliebenenrente aus der Invalidenversicherung, d. h. der Grundbetrag aus der Invalidenversicherung (der für die Witwe 5 Zehntel und für das Kind oder Waise fünf Zehntel vom Grundbetrag, den der Versicherte erhält, beträgt) kommt nicht zur Auszahlung, er ruht.

Zu bemerken ist, daß der Betrag, der ruht, den Betrag der Unfallrente nicht übersteigen darf, also: der Betrag, der ruht, darf nicht höher sein als der, der zur Auszahlung kommt.

Übersteigen die Gesamtbezüge aus der Unfall- und Invalidenversicherung den Jahresarbeitsverdienst (was selten der Fall sein wird) den in derselben Gegend ein gesunder Arbeiter der Berufsgruppe erzielt, welchem der Versicherte bei im wesentlichen ungeschwächter Arbeitskraft nicht nur vorübergehend angehört hat, so ruht die Invalidenrente, die den Jahresverdienst übersteigt.

Übersteigen die Gesamtbezüge für die Witwen- und Waisenrente und die Waisenrente aus der Unfall- und Invalidenversicherung 50 v. H. bzw. 20 v. H. des maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes, so ruht der Betrag, der diese Prozentsätze übersteigt.

Treffen mehrere Hinterbliebenenrenten (z. B. Witwen- und Waisenrente) aus Unfall- und Invalidenversicherung zusammen, so ruhen sie nach dem Verhältnis ihrer Höhe, soweit die Gesamtbezüge aller Hinterbliebenenrenten 80 v. H. des maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes übersteigen. — Bezieht der Versicherte eine Kinderzulage aus der Unfallversicherung, so ruht der Kinderzuschuß aus der Invalidenversicherung.

Eine abgefundenen Rente aus der Unfallversicherung gilt als fortlaufend. Also auch, wenn der Unfallverletzte abgefunden ist, tritt die Verrechnung ein.

Werden Renten aus der Unfall- und Angestelltenversicherung bezogen, so treten dieselben Verrechnungen ein wie dies beim Bezug von Renten aus der Unfall- und Invalidenversicherung der Fall ist. Nur ist hier nicht der einzelne Jahresarbeitsverdienst maßgebend, sondern der Jahresverdienst der höchsten Gehaltsklasse.

Folgende Übergangsvorschrift ist noch zu erwähnen: Den Vorschriften des Gesetzes unterliegen für die Zeit nach dem Inkrafttreten alle Ansprüche ohne Rücksicht auf die Zeit der Entstehung. Damit wird ausgedrückt, daß die Verrechnung der beiden Rentenarten auch für die bereits laufenden Renten eintritt.

Das neue Gesetz trat am 1. Juli in Kraft. Damit sind die wichtigsten Änderungen durchgeführt. Man wird zugeben müssen, daß diese Änderungen durchweg Verschlechterungen bringen. Ist dies etwa Ausbau der Sozialversicherung? Wenn der weitere „Ausbau“ in der oben angezeigten Weise fortgesetzt werden soll, so werden wir bald mit der deutschen Sozialversicherung auf den Hund gekommen sein, und die deutsche Sozialversicherung als die bestausgebauteste aller Staaten wird der Vergangenheit angehören. Es ist noch nicht allzulange her, da wurde die Sozialversicherung reformiert, und jetzt — wird sie wieder revidiert. Die neuen Bestimmungen sind für die Versicherten nicht tragbar. Die Verschlechterung kann nur dadurch gut gemacht werden, indem der alte Stand wieder an die Stelle des neuen gesetzt wird. Wenn man glaubt bei den Armen, die sowieso nur Pfennige erhalten, zu sparen anfangen zu müssen, so fängt man da wirklich an der verkehrtesten Stelle an.

Die Förderung des Arbeiterschutzes.

Der Ausschuß des ADGB beschäftigt sich auf seiner 4. Tagung in Düsseldorf auch mit dem Arbeiterschutz. Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Syrup, hielt einen Vortrag über die Förderung des Arbeiterschutzes. Dr. Syrup gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Gewerkschaften neben der großen aktuellen Frage der Arbeitslosigkeit, ihre Aufmerksamkeit auch dem Betriebsschutz zuwenden. In allen Kulturländern breche sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß der Schutz der Arbeiter gegen gesundheitliche und Lebensgefahren im Betriebe eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Der Krieg hat zahlreiche Arbeiter in ihrer Gesundheit geschädigt und in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt; dreiviertel Millionen Kriegsbeschädigte befinden sich als Arbeitskräfte mit beschränkter Arbeitsfähigkeit unter der Arbeitnehmererschaft Deutschlands. Aber auch die friedliche Betriebsarbeit berge große Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Im Jahre 1923 entfielen auf 24 Millionen versicherter Personen 460 000 Personen, die Unfälle erlitten hatten, von denen wiederum 77 000 eine Rente beziehen; 7500 Betriebsunfälle verliefen tödlich. An jedem Werktag erlitten 1500 Personen Unfälle im Betriebe, von denen 230 eine Rente bekommen mußten. Von den tödlichen Unfällen entfallen 25 auf einen Tag. Insgesamt beziehen 792 000 Personen, die Betriebsunfälle erlitten haben, bzw. ihre Hinterbliebenen Renten aus der Unfallversicherung. Die kapitalisierte Unfallrentenlast beträgt rund 3 Milliarden Mark. Außer den Gefahren, die zu Unfällen führen, umgeben den Arbeiter im Betriebe Gefahren anderer Art, die ihn durch Erkrankungen aller Art in seiner Gesundheit schädigen. Gewisse Anhaltspunkte für die Größe dieser Gefahren und die Zahl solcher Erkrankungen lassen sich aus den entsprechenden Angaben der Krankenkassen entnehmen.

Der Staat ist sich der Aufgabe bewußt, die Arbeitnehmer gegen diese in den verschiedensten Formen auftretenden Gefahren für Gesundheit und Leben zu schützen. Was auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geschehen ist, ist zwar nur Kleinarbeit, aber dennoch nicht ohne die gewünschte Wirkung. Der Staat hat, um die hier gestellte Aufgabe zu erfüllen, verschiedene Wege beschritten. Er erläßt einmal Gesetze und Verordnungen, in denen er die Arbeitgeber zur Durchführung bestimmter Maßnahmen zur Minderung der Gefahren und Verhütung der Unfälle verpflichtet und die Überwachung der Durchführung dieser Vorschriften eigens dazu bestellten Beamten überträgt. Der Staat hat zweitens bestimmte weitere Aufgaben, die in das gleiche Gebiet fallen, den Berufsgenossenschaften übertragen. Die vom Staate erlassenen Gesetze und Verordnungen wenden sich an den Arbeitgeber, indem sie ihm bestimmte Verpflichtungen auferlegen, die Betriebsrichtungen so zu gestalten, daß den Betriebsgefahren entgegen gewirkt wird. Kommt der Arbeitgeber seinen allgemeinen Verpflichtungen nicht nach und tritt ein Unfall ein, der gar zu einem Todesfall führt, so ist der Arbeitgeber nach den Strafgesetzen strafbar. Eine Bestrafung nach den Arbeiterschutzgesetzen selbst ist nicht möglich. Gesetzliche Einzelschutzbestimmungen könnten nicht mit dem technischen Wandel Schritt halten. Die als Rahmenvorschriften zu betrachtenden Gesetze und Verordnungen des Staates bekommen ihre Bedeutung dadurch, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten befugt sind, nach diesen Rahmenvorschriften ganz bestimmte Anordnungen in Form von polizeilichen Verfügungen zu treffen. Der Gewerbeaufsichtsbeamte könne jedoch seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er von den Verhältnissen in den Betrieben Kenntnis erhält. Die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten muß ihrer bedeutungsvollen Aufgabe entsprechend bemessen sein. Auch das im Entwurf vorliegende neue Arbeiterschutzgesetz will den Gewerbeaufsichtsbeamten das Recht sichern, selbständig polizeiliche Verfügungen zu erlassen. Das neue Arbeiterschutzgesetz wird voraussichtlich den Betriebsschutz nicht nur verstärken, sondern er wird ausgedehnt werden auf Arbeiter und Angestellte aller Art; besondere Vorschriften werden nur erforderlich bleiben für die Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft und in der Seifahrt.

Daneben bedient sich nun der Staat, um den Schutz der Arbeiter in Betrieben in möglichst hohem Maß zu erreichen, der Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften treffen ihre Maßnahmen mehr und mehr nach dem Gesichtspunkt, daß es nicht nur gilt, die Folge der Unfälle zu heilen und zu lindern, sondern daß es wichtiger ist, den Unfällen vorzubeugen. Bisher war der Aufgabenkreis der Berufsgenossenschaften auf den Unfallschutz im engeren Sinne beschränkt. Jetzt ist ihr Wirkungsgebiet erweitert worden, indem verschiedene Berufskrankheiten in die Tätigkeit der Berufsgenossenschaften einbezogen worden sind. Die Berufsgenossenschaften geben für jeden Industriezweig bin-

dende Vorschriften heraus, die im einzelnen bestimmen, was Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tun oder zu unterlassen verpflichtet sind. Die Berufsgenossenschaften sind gehalten, diese Bestimmungen fortlaufend der technischen Entwicklung anzupassen. Die Versicherten haben die Möglichkeit, ihre Wünsche über die Fassung solcher Vorschriften zum Ausdruck zu bringen. Es ist ferner die Pflicht der Berufsgenossenschaften, die Durchführung der von ihnen erlassenen Vorschriften zu überwachen. Dazu bedienen sie sich der von ihnen angestellten technischen Aufsichtsbeamten. Die Auswahl dieser Beamten ist den Berufsgenossenschaften überlassen. Neuerdings bedarf jedoch die Anstellung der technischen Aufsichtsbeamten der Bestätigung des Reichsversicherungsamtes, und außerdem ist bestimmt worden, daß die Beamten nicht ohne wichtigen Grund entlassen werden dürfen. Ferner habe die Reichsarbeitsverwaltung durch Verhandlungen erreicht, daß ein Zusammenwirken der Gewerbeaufsichtsbeamten mit den technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften stattfindet, daß beide Gruppen sich bei ihrer Tätigkeit gegenseitig ergänzen. Bei der Reichsarbeitsverwaltung ist ferner ein Länderausschuß eingerichtet worden, dem die Vorschriften der Berufsgenossenschaften vorgelegt werden, bevor sie erlassen werden. Diese Einrichtung bedeute eine Verbesserung im Vergleich zu dem früheren Zustand, unter welchem die Vorschriften von den Ländern getrennt geprüft und oftmals widersprechend beurteilt worden sind.

Dies wären die vom Staate zur Förderung des Betriebsschutzes unternommenen Schritte. Es käme nun, betont der Präsident, darauf an, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst zur Mitwirkung bei der weiteren Förderung heranzuziehen. Die bedenkliche Erscheinung, daß 78 v. H. aller Betriebsunfälle auf die Nichtbeachtung der Gefahren von beiden Seiten zurückzuführen sind, lasse erkennen, wie hoch der Wert einer verständigen Mitwirkung der Arbeiter bei der Verhütung der Unfälle zu schätzen ist. Die Möglichkeit zu solcher Mitwirkung ist durch das Betriebsratsgesetz besonders betont. Hier eröffnet sich für die Betriebsräte ein weites Gebiet fruchtbarer Tätigkeit, das jedoch bisher leider noch ungenügend bearbeitet wurde. Auf der Arbeitgeberseite sei in neuerer Zeit eine Steigerung des Interesses am Betriebsschutz zu verzeichnen. Die Arbeitgeber haben erkannt, daß jedes Aussetzen eingearbeiteter Arbeitnehmer infolge eines Unfalles einen kostspieligen Betriebsausfall darstellt. Die jetzt in Angriff genommene Rationalisierung der Betriebswirtschaft werde womöglich neue, bisher noch unbekannte Gefahren hervorruft; auf diese mögliche Wirkung der Rationalisierung müsse geachtet werden. Wenn wir zu einem ganz intensiven Betrieb kommen, erlange die Frage der Pausen, des Urlaubs usw. neue Bedeutung auch unter dem Gesichtspunkt des Betriebsschutzes. Sei es nun die Aufgabe der Arbeitgeber, geeignete Schutzvorrichtungen bereit zu stellen, so sei es die Aufgabe der Arbeitnehmer, die Vorrichtungen zu benutzen. Es habe sich herausgestellt, daß die Vorrichtungen, die durch die Mitarbeit der Arbeitnehmer entstehen, stets die besten sind.

Von den nächsten Jahren erwartet der Vortragende einen starken Antrieb auf dem Gebiete des Betriebsschutzes. Die Gewerkschaften hätten die Aufgabe, dabei mitzuwirken. Der Arbeiter dürfe nicht nur Objekt dieser Bemühungen sein; in den Mittelpunkt aller Erwägungen über die Gestaltung der Betriebswirtschaft sei der Mensch zu stellen. Die Reichsarbeitsverwaltung sei bestrebt, unter den Arbeitnehmern Aufklärung über die Betriebsgefahren zu verbreiten. Sie bediene sich dazu in neuerer Zeit in größerem Umfange des Unfallverhütungsbildes. Der von einer Seite angeregten Unfallbekämpfung durch den Rundfunk steht er sehr skeptisch gegenüber. Dagegen lege er größten Wert auf die weite Verbreitung der unter dem Titel „Arbeiterschutz“ erscheinenden Sonderausgabe des Reichsarbeitsblattes. Die Verbreitung dieser Ausgabe unter den Arbeitnehmern sei noch zu gering. Sie könne vergrößert werden, wenn es gelänge, den Inhalt der Sonderausgabe in höherem Maße, als es bisher geschehen sei, dem Verständnis der Arbeitnehmer anzupassen. Auch dazu aber bedürfe es der Mitarbeit an dieser Zeitschrift aus den Kreisen der Arbeitnehmer. Die Herausgeber der Sonderausgabe seien bereit, auch die Bezugsbedingungen den Verhältnissen der Arbeitnehmer anzupassen. Sein Wunsch sei es, schließt der Vortragende, daß es mit Hilfe der Zusammenarbeit aller beteiligten Kräfte gelingen möge, das Interesse der Werktätigen am Betriebsschutz zu steigern.

Leipart hält eine Debatte über den instruktiven Vortrag nicht für nötig, da der Bundesausschuß sich den Wünschen und Forderungen des Vortragenden gerne anschließen wird. Die Gewerkschaften haben eine große Anzahl von Funktionären, die reiche Erfahrungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes besitzen und sich ressourcemäßig oder nebenamtlich damit beschäftigen. Diese Funktionäre kommen ohne weiteres

als Mitarbeiter der Zeitschrift in Betracht. Sie sollen keine langen theoretischen Abhandlungen schreiben, sondern in kurzen Artikeln Einzelfälle hervorheben.

Der Bundesausschuß nahm darauf folgende, vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung über Arbeiterschutz einstimmig an:

„Der Bundesausschuß nimmt mit großem Interesse davon Kenntnis, daß der dem Arbeiterschutz gewidmete Teil des Reichsarbeitsblattes und mit ihm die Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ künftig in erhöhtem Maße dem Verständnis und Gesichtskreis breiter Arbeitnehmerkreise angepaßt werden soll. Da die Durchführung dieser Absicht wesentlich auf der größeren Verbreitung des Reichsarbeitsblattes und der Zeitschrift „Arbeiterschutz“ in Arbeitnehmerkreisen und auf deren Mitarbeit beruht, fordert der Bundesausschuß die ihm angeschlossenen Verbände auf, in ihren Reihen, insbesondere bei Betriebsräten, Gewerkschaftsfunktionären und Arbeitersekretären, für den Bezug des Reichsarbeitsblattes bzw. der Sonderausgabe „Arbeiterschutz“ zu werben und durch Mitarbeit, Gedanken und Anregungen der Arbeitnehmerschaft zu den praktischen Fragen des Arbeiterschutzes den Arbeiterschutzorganen weiterhin näher zu bringen.“

Zur Grundlage unserer Bildungsarbeit.

Die Idee von der Bildungsarbeit innerhalb der verbundenen Arbeiterschaft ist fast so alt, wie die Arbeiterbewegung selbst. Suchen wir erste Anfänge, so müssen wir das zeitgeschichtliche Rad ungefähr ein biblisches Menschenalter rückwärts drehen. Sind wir dabei auf die mit liberalem Öl gesalbten Arbeiterbildungsvereine gestoßen, so finden wir ein zweifaches, für diese Betrachtung sehr wesentliches. Einmal die ersten Spuren geistiger Aufklärungsarbeit, gleichzeitig aber auch die ersten Geversuche werdender politischer und wirtschaftlicher Organisationen. Ja, man kann ruhig sagen, die ersten Keime der modernen, sich zu machtvoller Größe entwickelten Arbeiterbewegung. — Doch bleiben wir bei der Bildungsarbeit, prüfen wir die Erfüllung ihrer Idee. Beiden, der wirtschaftlichen wie der politischen Bewegung war sie schon sehr früh eigen. Aber, so fragen wir uns: war in den Jahren und Jahrzehnten der Vorkriegszeit die Idee wirklich zur erfüllenden Tat geworden? Ging sie nicht vielmehr im Festgewand nur zögernd einher, statt mit festem Zielsicheren, sich selbst bewußten Schritt im Werktagsskleid? Eine Antwort gibt uns ein vergleichender Blick zwischen vergangener und gegenwärtiger Zeit. . . . Was dazwischen liegt war ein Zeitraum des Suchens, war ein Weg der Erkenntnis; bis endlich die Bildungsarbeit als organische Einheit in dem vielseitigen Tätigkeitsbereich der Organisationen eingebaut wurde. Besonders die Gewerkschaften sind es, die trotz der nachkrieglichen unsteten gesellschaftlichen Verhältnisse als Wegbereiter zu nennen sind. Kurz, die Idee hat Fleisch und Blut, hat Leben und Inhalt bekommen; so daß wir heute von der Bildungsarbeit schlechthin sprechen können.

Rein äußerlich betrachtet, legen verschiedene Bildungsstätten, die den Arbeitnehmern zum Besuch offen stehen, davon ein beredtes Zeugnis ab. Vom Staate, von den Kommunen, von Arbeitnehmerseite werden sie unterstützt, erhalten sie die allernotwendigsten Mittel. Dazu kommen noch die vielen periodisch veranstalteten Kurse der einzelnen Gewerkschaften. Das sind die Stätten, wo durch Schrift, Sprache, Anschauungsmaterial und anderes mehr praktisch die erwählten oder sich meldenden Teilnehmer unterrichtet werden. Weitere Bildungseinrichtungen zu schaffen, hängt von der gesellschaftlichen Macht und Stärke der Arbeiterklasse ab.

Indeß ist dieses bildunggebende Werkstattgetriebe — wie ich es einmal nennen will — umkreist von einer nicht geringen Zahl von Literatur, die nachhaltig die Bildungsarbeit unterstützen soll. In letzter Zeit nun, hat man sich überaus eingehend und tiefgründig in zahlreichen Aufsätzen, in vielen anderen schriftstellerischen Erscheinungen über Kern und Wesen der Bildungsarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung ausgesprochen. (Vielleicht wälzt schon irgendwo die Idee für ein Buch über „Soziologie der Bildungsarbeit“). Neue, immerwährend andere Bilder über Arbeiterbildung beleben in reichsten Farben und Tönen viele Zeitungen, Zeitschriften und Bücher. Sicherlich ein gutes Zeichen, daß weithin leuchten und zünden möge. — Wer selbst innerlich mit all diesen Fragen ein klein wenig verbunden ist, dem wiegt das Sein der Bildungsarbeit schwerer, als alle gutgemeinten wissenschaftlichen Betrachtungen über sie. Alle Gewogenheiten müßten meines Erachtens mehr auf die realen Verhältnisse zugeschnitten sein, also die praktische Seite etwas mehr bei der Ausschau vom hohen Baum des Geistes berücksichtigt werden.

Mehr oder weniger gehaltvolle Bücher, zahlreiche Zeitschriften fliegen wie Sterne durch

den Kosmos. Fast zahllos sind diese Geisteszeugnisse der gewerkschaftlichen Literatur, kaum dem Namen nach zu kennen. Hier wäre eine Erscheinung einzuschalten, die zur Lösung des bestehenden Ubelstandes beiträgt, der jüngeren Generation aber größtenteils unbekannt sein dürfte. Mir selbst wurde es erst letzthin augenfällig. Es handelt sich um ein vor dem Kriege wahrscheinlich regelmäßig erschienenen Verzeichnis der in deutscher Sprache vorfindenden gewerkschaftlichen Literatur, das von der früheren Generalkommission der Gewerkschaften zusammengestellt und herausgegeben wurde. Es wäre an der Zeit, gleiches wieder erstehen zu lassen. Möge der Wunsch sich verdichten, damit der ADGB. einen seiner Apostel vertraut, der sich mit diesem Heiligenschein umgibt. — Spricht man mit Fachkundigen über den quellenden Born der Literaturscheinungen, dann hört man oft die versteckte und offene Meinung, es sei des Guten zu viel. Allem Anschein nach, besonders wenn der viele Gebiete behandelnden Zeitschriftenfolge gedacht wird. Jedenfalls, mehr braucht es wahrlich nicht zu werden. Selbst der Eingeweihte hat oftmals nur einen verschwommenen Überblick. Verweilen wir kurz bei den periodisch erscheinenden Zeitschriften. Diese sollen doch wohl dem rührigen, wissensdurstigen Kämpfer der alltäglichen zermürbenden Arbeitsfront Ziel- und Wegweiser sein. Trotz guter Absichten und Vorsätze kann der im Durchschnitt stehende Arbeiter nur im ungenügenden Maße Zeitschriften sein eigen nennen. Die geistigen Produkte zu erlangen, wird für den denkenden und strebenden Arbeiter oft zu einer Geldfrage gestempelt. So sieht es unten aus, nämlich dort, wo der rührige Arbeiter aus eigenem Versuch, einige Früchte von dem Baum des Wissens zu erlangen; die er meint zu gebrauchen, um den sonst üblich beherrschten Organisationsrahmen zu überragen, um wenigstens einigermaßen die wirtschaftlichen, politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu erfassen, sie wenigstens einigermaßen zu übersehen.

Alle Reden, alles Schreiben über Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie, sämtliche Aufklärungsarbeit über diese und andere Fragen wird leicht zur Phrase, muß zum toten Schein verurteilt sein, wenn es nicht gelingt, rechtzeitig dem gegenwärtigen Zustand — der erfreulicherweise nicht überall vorhanden ist — abzuhelfen. Sprechen wir einmal aus was ist, ohne Vorsicht, ohne Bedenken, nur vom Bewußtsein getragen, Stoff zu zeitigen. Das ziemlich aus massivem Gutes geartete Spinnwebgewebe „von dem Unverständnis der Massen“, hält anteilig sogar die Funktionäre mit umklammert. Freilich hängt — um ein Beispiel anzuführen — die Durchführung geltender gesetzlicher Normen im Betriebe, nicht nur von der alleinigen Kenntnis ab, sondern auch von dem ehrlichen Willen, bestehendes und geltendes zu fördern, es durchzuführen. Doch denken wir bei diesen Darlegungen weniger ans Wollen, sondern ausschließliche ans Können. Und solches Können kann heute nicht allein durch praktische Tätigkeit angeeignet, sondern muß durch immerwährende Kenntnisaufnahme, durch fortwährende geistige Regsamkeit errungen werden, weil sich ja auf allen Gebieten eine ständig fließende, sich stets verändernde Linie ausbreitet. Geistiger Stillstand käme hier einem gesellschaftlichen Rückschritt gleich, wir aber wollen vorwärts, wollen aufwärts. Dafür allerseits die Vorbedingungen zu schaffen, ist erster Prüfung wert. Ist der Wille vorhanden, so findet sich auch ein Weg.

Einige Gedanken, die nicht nur der bloßen Kritik entwichen sind, können vielleicht etwas das hindernde Gestrüpp beseitigen, oder wenigstens lichten.

Zunächst sei der Einrichtungen gedacht, die allenfalls als Spenderin und Weckerin in Betracht kommen könnten, eigentlich kommen müßten. Aber von ihnen heißt es: viele könnten der Quellen sein, jedoch sind es ihrer nur wenige. Da sind zuvörderst die kommunalen Bibliotheken und Lesehallen zu beleuchten. Hier zieht der moderne Zeitgeist meist an den Mauern entlang, dringt nicht in ihre Hallen. Eine Änderung ist hier und da zu erreichen, wird allerdings in den meisten Fällen von dem Machtbereich der Arbeitnehmervertreter in den Stadt- und Gemeindeparlamenten abhängig sein. Blicken wir in die Leseräume, so zeigen sich ähnliche Bilder, die zu mancher Überlegung führen. Tatsächlich sind häufig die Zeitungen und Zeitschriften der freien Gewerkschaften als Vermittelnde zu buchen. Wohl wäre günstigeres zu erzielen, wenn die Gewerkschaften ihre Zeitungen zum Aushang unentgeltlich zur Verfügung stellten. Dergestaltliche Aufforderungen sollen von den Lesehallenleitungen schon ergangen sein; aber beschämend muß eingestanden werden, der Erfolg war gleich Null. Solchen Unregungen sollten wir uns nie verschließen. Zu den dankbarsten Aufgaben gehört es, in dieser Richtung überall, beherrzt und besonnen nach den Rechten zu sehen. — Anders stehts bei unseren Arbeiterbibliotheken. Dort, wo obwaltende Kräfte wirken, die mit

Lust und Liebe, die mit innigem Verständnis neben der formalen Tätigkeit, auch auf gut erworbenen Anschaffungen der neuen, die Arbeiterbewegung ins Auge fassende Literatur bedacht sind, ist alles vortrefflich gestellt. Jedoch nur dort, wo es an geldlicher Unterstützung nicht mangelt. Zuweilen bleiben an vielen Orten auch da die bescheidensten Wünsche unerfüllt. Und noch dazu dort, wo es keine Büchereien der Arbeiterschaft gibt. Hierzu gehören Großstädte mit ausgeprägter Industriebevölkerung, die durch die Inflationsperiode oder andere Umstände die Bücher verkauft und abgegeben, also gänzlich verloren haben. Da sieht es böse und traurig aus.

Für solche Städte, dies gilt gleichfalls für die kleinen Ortschaften, könnte ein anderer Weg beschritten werden. Dies wäre allerdings eine Aufgabe, deren Lösung im Schoße der jeweiligen örtlichen Mitgliedschaftsvorstände der Gewerkschaften ruht. Sie können den wesentlichsten Anteil zur Stützung tragen, indem sie die wichtigsten laufend erscheinenden Zeitschriften nebst anderer Literatur, die für die Aufklärungsarbeit der arbeitenden Klasse nachhaltigen Wert verkörpern, anschaffen, um sie zur Ausleihe und Einsicht bereit zu halten.

Alles Vorstehende hat keineswegs Anspruch auf völlige Erschöpfung, kann vielmehr durch manche andere, leicht zu bessernde Umstände ergänzt werden. Ubelstände, die jedem auffallen, der mit dem Gange unserer Bildungsarbeit in den unteren Regionen seit an Seit schreitet. Legen wir Hand ans Werk, besonders mögen diejenigen tatkräftig eingreifen, die selbst dunkle Punkte erkennen, oder denen sie als Anregung zugeleitet werden. Seien wir uns dessen gewiß, daß die geistige Aufklärungs- und Vertiefungsarbeit ein hoch anzuschätzender Faktor für den gesellschaftlichen Aufstieg der Arbeiterklasse bedeutet. Mahndend soll uns Freiligraths köhnes Dichterwort: „Von unten auf“, dieser Bahn voranleuchten. P. Krämer.

Unglaublich!

Der Zentralvorstand des Schweizerischen Lithographenbundes veröffentlicht in Nr. 16 des „Senefelder“ folgende Mitteilung, die wir ohne Kommentar wiedergeben, da der in Kürze tagende Internationale Lithographenkongreß nicht achtlos an diesen Dingen vorbeigehen kann und wir der Entscheidung nicht vorgreifen wollen: „Schon in Nr. 4 des „Senefelder“ erhielten seinerzeit unsere Mitglieder davon Kenntnis, daß das Berufsamt der Buchdrucker eine Firma in Bern aufforderte, die in ihrer Flachdruckabteilung im Betriebe stehenden Offsetmaschinen anstatt durch „Angehörige des Lithographengewerbes, durch Angehörige des Buchdruckgewerbes“ bedienen zu lassen. Da die Firma „Hallwag“ (um diese handelt es sich) dieser Aufforderung bis heute nicht nachkommen wollte noch konnte, ohne sich schwer zu schädigen, reichten am Freitag, den 30. Juli 60 in der Firma „Hallwag“ beschäftigte Typographen die Kündigung ein. Diese großartige Heldentat bezog dann die Geschäftsleitung, unseren in der Offsetabteilung beschäftigten 11 Kollegen ebenfalls zu kündigen.

Wir haben dem, was unsere Mitglieder schon in Nr. 4 und jetzt auch in der vorliegenden Nummer über diese Sache vernahmen können, vorläufig nichts beizufügen.“

Brandenkonferenz für die photomechanischen Fächer.

Auf Antrag der Zentralkommissionen der Chemigraphen, Kupfer-, Licht- und Tiefdrucker hat der Verbandsvorstand am 23. August beschlossen, eine *Brandenkonferenz* zu berufen. Diese soll am 2. und 3. Oktober in Berlin tagen. Die provisorische Tagesordnung ist wie folgt festgesetzt:

1. Die technische Entwicklung in diesen Berufen.
2. Bedeutung und Wirksamkeit des Tarifes.
3. Die Forderungen der Gehilfenschaft zur Tarifrevision.
4. Verschiedenes.

Insgesamt sollen 32 Delegierte die Konferenz ausmachen; davon sollen sein: 22 Chemigraphen, 5 Lichtdrucker, 4 Kupfer- und Tiefdrucker und 1 Holzschneider. Welchen Städten das Recht der Delegation zusteht, ist aus den Mitteilungen des Verbandsvorstandes zu entnehmen.

Den Kollegen der zuständigen Sparten obliegt es nun, zu dieser Konferenz Stellung zu nehmen und in formulierten Anträgen ihre Wünsche niederzulegen. Dabei kann es sich nur um Anträge handeln, die dem Verbandsrichtlinien für die Interessenvertretung dieser Gruppen auf *organisatorischem Gebiete* geben. Diese Anträge sind dem Verbandsvorstand bis zum 25. September einzureichen.

Anders verhält es sich mit den Anträgen, die Bezug auf die *Tarifrevision* haben. Da diese Anträge bis zum 1. Oktober beim Tarifamt ein-

gereicht werden müssen, zuvor aber Zentralkommissionen und Verbandsvorstand zu den Anträgen Stellung nehmen wollen, sind alle für die Tarifrevision geltenden Anträge bis zum 20. September beim Verbandsvorstand einzureichen.

Gewerbepolitik der Hermann Schött A.-G. in Rheydt.

Obwohl die tariflichen Schiedsinstanzen noch nicht erschöpft sind und das Tarifamt auf Antrag des Verbandsvorstandes sich noch mit dem gewerbeschädigenden Verhalten der Hermann Schött-A.-G., Rheydt, beschäftigen wird, fühlen wir uns doch verpflichtet, folgendes den Kollegen zur Kenntnis zu geben:

Daß auch die Unternehmer des Steindruckgewerbes der landläufigen Meinung sind, die Behebung der wirtschaftlichen Depression dürfe nur auf Kosten der Berufsarbeiter durch Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Löhne gehen, ist nachgerade eine Tatsache, die keinem Kollegen unbekannt sein dürfte. Und es ist ja im Laufe der Zeit auch so manches bekannt geworden, das zeigt, wie die Unternehmer die Lohndruckeriie betreiben wollen. Daß bei schlechtem Arbeitsmarkt Herr Keller, der Direktor der Schött-A.-G. in Rheydt, an der Spitze derjenigen marschieren würde, die sich in Bedrückung der Kollegen nicht genug tun können, war voraussehen. Herr Keller ist eben eine Herrschernatur, dem unser Verband zuwider sein muß. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Herrn Keller einmal folgendes Geständnis entschlüpfte: „Es muß anerkannt werden, daß der Verband der Lithographen durch seine überlegte und kluge Haltung zur Aufrichtung des Gewerbes viel beigetragen hat. Er hat die Revolvertaktik, die bei so vielen Gewerkschaften in der Nachkriegszeit üblich wurde, nicht mitgemacht.“ Denn Herr Keller hat immer versucht, die tariflichen Bindungen zu zerreißen, um wahrscheinlich das niederzumachen, was der Verband „durch seine überlegte und kluge Haltung zur Aufrichtung des Gewerbes“ beigetragen hat. Wenn es ihm bisher noch nicht gelungen ist, das Gewerbe wieder in Grund und Boden zu treten, so deshalb, weil die Gehilfen dem erfolgreichen Widerstand entgegengesetzt.

Aber mit Beginn der Krise sah Herr Keller seine Zeit gekommen; die „Revolvertaktik“ setzte ein. Der Mangel an ausreichenden Aufträgen wurde zum Anlaß genommen, Massenentkündigungen auszusprechen. Auch stieg sonst noch allerlei. Wenn die Gehilfen durch lange Arbeitslosigkeit, die natürlich große Not zur Folge haben mußte, erst mirbe gemacht seien, mußte die „Revolvertaktik“ siegen. Herr Keller glaubte seine Pappenheimer zu kennen. Er wagte den Kollegen, die seit Monaten arbeitslos waren und beim Verlassen ihres Arbeitsplatzes einen Wochenlohn von 52 Mk. hatten, den Ausgelerntenlohn in Höhe von 32,50 Mk. zu bieten. Und als Herr Keller auf sein „freundliches“ Angebot von rückensteifen Kollegen eine Absage erhielt, da fand sich das willfährige Arbeitsamt in M.-Gladbach auf Denunziation bereit, den Arbeitslosen ihren berechtigten Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung zu sperren. Daß mit diesem Arbeitsamt für Lohnherabsetzung noch nicht das letzte Wort geredet ist, sei nebenbei nur erwähnt. Das Gleiche gilt auch für Herrn Keller. Herr Keller hat unmißverständlich bekundet, daß ihm die „Revolvertaktik“ Bedürfnis ist. Und da der Verband infolge seiner Stärke in der Lage ist, zur gegebenen Zeit auch solche Bedürfnisse zu befriedigen, soll Herr Keller sein Recht werden. Dann wird aber auch Vorsorge getroffen werden, daß alle Fenster fest geschlossen sind, damit sich Herr Keller nicht irrtümlich seines Rechtes entzieht.

Herr Keller versucht anscheinend mit Hilfe niedriger Löhne seine „liebe“ Konkurrenz zu schlagen. Daß er dabei den Widerstand des Verbandes finden wird, dürfte ihm nicht schwer sein zu erkennen. Denn der Verband hat keinen Anlaß, Herrn Keller zu liebe „seine überlegte und kluge Haltung“ aufzugeben. Wir haben es erlebt, wohin Schmutzkonkurrenz führt; Herr Keller wird es erleben, wohin die Schött-A.-G. kommt, wenn er sein gewerbeschädigendes Treiben nicht aufgibt. Noch ist es Zeit. Sieht Herr Keller nicht ein, daß Frieden ernährt, dann muß ihn eben der Unfrieden verzehren. Denn daß sich die Gehilfen von Herrn Keller in Krisenzeiten auf der Nase herumtanzen lassen, ohne in guter Konjunktur den Gegentanz anzutreten, glaubt sicher Herr Keller selbst nicht. Das verlangt allein schon die Stärke der Gehilfenorganisation. Was du nicht willst, das man dir tu . . .

Privatlithograph oder Heimbeiter.

Die mit obiger Überschrift versene Aufferung des Kollegen S. M. in Nr. 32 des Verbandsorgans veranlaßt mich zu einigen Bemerkungen zu dem Thema Privatlithographie. Mit Recht hebt Kollege S. M. hervor, daß im Tarif-

vertrag wohl einige Schutzbestimmungen enthalten sind — es kommt § 14 Ziffer 5 und 5a in Frage — daß es aber noch an einer wirksamen Kontrollmöglichkeit fehlt.

Wenn auch die Privatlithographen, soweit diese Gehilfen und Lehrlinge beschäftigen, auf Grund des allgemeinen verbindlichen Tarifes verpflichtet sind, dessen sämtliche Bestimmungen einzuhalten, so ist aber bei der üblichen Zwerghaftigkeit solcher „Betriebe“ eine Kontrolle darüber, ob das wirklich geschieht, in den allermeisten Fällen fast unmöglich, wenn sich der andere Tarifkontrahent zur Mitwirkung nicht bereit erklärt.

Alle Anträge, die wir zu den Tarifverhandlungen bisher gestellt haben und die eine tatsächliche Kontrolle der Privatlithographie ermöglichen sollten, sind von den Unternehmern trotz eingehender Darlegungen und unwiderlegbarer Beweisführung abgelehnt worden. Es sollen angeblich wichtige Geschäftsgeheimnisse sein, die die Unternehmer zur Ablehnung unserer Forderungen veranlassen. Diese angeblichen Geschäftsgeheimnisse sind uns schon des öfters bei passenden und nach unserer Auffassung unpassenden Gelegenheiten vorgeführt worden, wenn sonst keine weiteren stichhaltigen Ablehnungsgründe vorgebracht werden konnten. Diese vermeintlichen Geschäftsgeheimnisse sind es auch, die eine gesunde Gewerbepolitik, die auf paritätischer Grundlage getätigt werden sollte, immer wieder verhindern. Das Geschäftsgeheimnis ist ein Schlagwort geworden, mit dem man alle Anregungen der Gehilfen, die auf eine tätige Mitwirkung bei der Gestaltung der allgemeinen gewerblichen Verhältnisse abzielen, zurückweist.

So lange sich die Einstellung der Unternehmer nicht ändert, ist auch nicht daran zu denken, daß eine auf tariflicher Grundlage beruhende Kontrolle der Privatlithographie geschaffen werden kann. Nach den Worten der Vertreter unserer Arbeitgeber zu schließen, müßte in deren Reihen die Überzeugung von dem Vorhandensein der Privatlithographie innerhalb der gewerblich-schädigenden Tendenzen weite Verbreitung erlangt haben. Die Wirklichkeit zeigt uns aber ein anderes Bild. Die „preisdrückende“ Privatlithographie ist ein lieb gewordenes Kind, das man nicht gern missen möchte; einmal deshalb, um die Konkurrenz, wenn auch nicht in der Qualität, so aber doch im Preis, schlagen zu können und andererseits, um ein angemessenes Drogenmittel gegen die selbstverständlich stets zu „teueren“ Anstaltslithographie zu haben. Ein weiterer Vorteil ergibt sich für die Unternehmer noch daraus, daß man in zahlreichen Fällen den Privatlithographen die Arbeiten erst nach vier und mehr Wochen nach der Fertigstellung und Ablieferung bezahlt und auch dann noch sehr oft in Raten, während man den im eigenen Hause tätigen Lithographen den verdienten Lohn wöchentlich auszahlen muß.

Wenn die Privatlithographen sich gegen die ungebührliche Ausbeutung durch die Druckereibesitzer, die mit dem Auspressen einer Zitrone verglichen werden kann, energisch wehren würden, so ständen wir an deren Seite und der Kampf gegen den ungerechtfertigten Preisdruck könnte gemeinschaftlich und mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden. Anscheinend sind aber die Privatlithographen auch aus lauter „Geschäftsgeheimnissen“ dazu nicht fähig. Versuche, sie organisatorisch zusammenzufassen, um gegen die beschämende Preisdrückerei gemeinsam anzukämpfen, sind von nur geringem Erfolg gewesen. Lieber arbeitet man täglich 10 bis 12 oder wöchentlich 60 und mehr Stunden, um dann feststellen zu können, daß man selbst

durch eine starke Überschreitung der tariflichen Arbeitszeit noch nicht einmal den Lohn eines Anstaltslithographen verdient hat. Einer vermeintlichen Selbständigkeit, die in den meisten Fällen gar nicht existiert, bringt man große finanzielle Opfer und dem Gewerbe und dessen Angehörigen fügt man unermeßlichen Schaden zu. Daß unter solchen Umständen das lithographische Gewerbe nicht gesunden kann, ist kein Wunder.

Wie die Leitung des Unternehmerverbandes mehrfach ausgeführt hat, wollen unsere Arbeitgeber angeblich die angemessenen Lithographiepreise drückenden und dadurch die Schmutzkonkurrenz fördernden Privatlithographien nicht unterstützen. In Wirklichkeit liegen die Dinge aber doch anders. Je niedriger die Privatlithographen die Preise stellen, desto lieber ist es den Unternehmern und keiner legt sich die Frage vor, ob es bei dem gestellten Preis überhaupt möglich ist — unter Berücksichtigung der zur Ausführung unbedingt benötigten Arbeitsstunden einen normalen Verdienst zu erzielen. Wenn die Gehilfenvertreter einmal Klagen wegen der Preisdrückerei in der Privatlithographie vortragen, so verlangt man ganz bestimmte Angaben, deren Beschaffung man durch die Verweigerung der Kontrolle und durch ihr sonstiges Verhalten unmöglich macht. Der Kampf gegen die preisschleudernde Privatlithographie ist nur als ein Lippenbekenntnis zu bewerten. Das von uns schon so oft kritisierte Verhalten weiterer Unternehmerkreise gegen die gewerblich-schädigenden Privatlithographen steht im strikten Widerspruch gegen eine vernünftige Gewerbepolitik.

Es bleibt uns weiter nichts übrig, als den Unternehmern die Wahrung ihrer „Geschäftsgeheimnisse“, deren Preisgabe sogar die Existenz der Betriebe berühren soll, so lange ausüben zu lassen, wie sie wollen. Dagegen müssen wir, soweit es durch engste Zusammenarbeit der Lithographen und Steindrucker in den einzelnen Betrieben und Orten überhaupt möglich ist, versuchen, zu einer wirklichen Kontrolle der Privatlithographie zu kommen und dürfen uns in diesem Bestreben nicht im geringsten von den Anwendungen der Unternehmer stören lassen. Wir haben oft genug versucht, eine paritätische Kontrolle zu schaffen und wir sind nunmehr gezwungen, selbständig zu handeln. Wir sind im Stande, eine Kontrolle auszuüben, wenn wir wollen. Nur an dem ersten Willen hat es bisher gefehlt. Das muß anders werden und wir müssen endlich Taten vollbringen.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die vom Kollegen S. M. vertretene Auffassung, daß das Tarifamt Heimarbeiter in die Liste der tariffreien Privatlithographen aufgenommen habe. In dieser Beziehung irrt sich Kollege S. M. Ein Lithograph, der das Gewerbe bei der zuständigen Gewerbebehörde angemeldet hat und sich somit im Besitze des Gewerbescheines befindet, ist nach der Gewerbeordnung ein selbständiger Gewerbetreibender und kein Heimarbeiter. Für die Aufnahme in die Liste ist für das Tarifamt der Besitz des Gewerbescheines maßgebend und es ist gezwungen, die Aufnahme dann zu vollziehen, wenn dem Antragsteller nichts Ehrenrühriges nachzuweisen ist. Das Tarifamt ist ferner verpflichtet, bei seinen Entscheidungen auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung zu beachten.

Kollege S. M. scheint die Begrenzung der Zahl der Privatlithographen mit im Auge zu haben. Diese Frage hat die Vertragsparteien bereits mehr als einmal sehr eingehend beschäftigt; aber stets haben sich der Schließung der Liste gesetzliche Bestimmungen entgegengestellt. Persönlich bin ich der Ansicht, daß zwei Tarif-

kontrahenten wohl in der Lage sein dürften, für die Angehörigen der Tarifgemeinschaft eine begrenzte Zahl von Privatlithographen zuzulassen. Es darf aber auch nicht außer Betracht gelassen werden, daß eine größere Zahl unserer Druckereibetriebe der Tarifgemeinschaft nicht angehört und somit den tarifuntreuen, den sogenannten wilden Privatlithographen noch ein weites Betätigungsfeld verbliebe und das Gewerbe von dieser Seite weiteren Bedrohungen ausgesetzt wäre.

Wir müssen versuchen, von uns aus zu einer Begrenzung der Privatlithographie zu kommen, indem wir verhindern, daß nicht so viele in deren Lager überlaufen. Wenn dann noch die Steindruckerkollegen, mehr wie bisher darauf achten, wo die Lithographien außerhalb der Betriebe angefertigt werden und ob das nur bei tariftreuen Privatlithographen erfolgt, und wenn wir ferner nachweisbare Preisschleudereien von Privatlithographen und Verstöße gegen die Tarifbestimmungen der zuständigen Instanzen, mit dem Ersuchen einzugreifen, unterbreiten, so werden wir ein gutes Stück vorwärts kommen.

Wir müssen gewerblich-schädigende Privatlithographen und deren Treiben unterstützende Druckereifirmen in das grelle Licht der Öffentlichkeit stellen. Es besteht keine Ursache Rücksicht auf unlautere Elemente zu nehmen. e. h.

Vom Büchertisch.

Gegenwärtige Aufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik. Referat von Fritz Tarnow vor den Funktionären der Gewerkschaften des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 29. März 1926 in Essen. Verlagsgesellschaft des ADBG., Preis 30 Pf.

Schon der Anlaß, aus dem Tarnows Vortrag gehalten wurde, ruft ein besonderes Interesse an Inhalt dieses Büchleins hervor. Die Vereinigten Handelskammern des westdeutschen Industriegebietes hatten zum 15. März d. J. nach Essen eine „Kundgebung der gesamten Wirtschaft des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes“ einberufen, und die Unternehmer waren, in der bei ihnen tief verwurzelt Vorstellung, sie allein seien die „gesamte Wirtschaft“, zahlreich und gern dieser Einladung gefolgt, um zum Wohle der „gesamten Wirtschaft“ in diesem Sinne, das heißt zum Nutzen des Unternehmertums, von Staat und Gesetzgebung zu fordern seien. Dieser Veranstaltung hatten die Gewerkschaften des Industriegebietes eine eigene öffentliche Kundgebung am gleichen Orte folgen lassen, in der Tarnow als Hauptreferent den Forderungen der Unternehmer das Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften entgegensetzte. In fesselnder Form untersucht Tarnow die Ansprüche dieser von den Vereinigten Handelskammern geführten Unternehmer auf ihren Wert für die Volkswirtschaft, und es gelingt ihm glänzend der Nachweis, daß eine Verwirklichung der Programmforderungen der Unternehmer die wirtschaftliche Depression nicht nur nicht zu beheben imstande wäre, sondern den Niedergang noch verlängern und verschlimmern würde. Den egoistischen Ansprüchen der Unternehmer setzt er die Interessen der Arbeiterschaft wie im volkwirtschaftlichen Interesse erhobenen Forderungen der Gewerkschaften entgegen: Zerschlagung der Preisdiskultur, Hebung der Kaufkraft der Massen durch eine entsprechende Lohnpolitik, eine Sozialpolitik, die den Grundsätzen der Menschlichkeit entspricht, eine Sitzerziehung der sozialen Gerechtigkeit, eine Handelspolitik, die das Ziel des wirtschaftlichen Völkerfriedens verfolgt. Und so gestaltet sich Tarnows Vortrag zu einer scharf pointierten Darstellung der entscheidenden Punkte des Gegensatzes der Anschauungen der Unternehmerrchaft und der Gewerkschaften über die Frage nach dem Auswege aus der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft — und damit zu einem wirtschaftspolitischen Arbeiterlesebuch kleinsten äußeren Formats, aber gewichtigsten Inhalts.

Bekanntmachung.

Auf Antrag der Mitgliedschaft Chemnitz hat der Vorstand folgende Mitglieder gemäß § 6 Absatz 2 ausgeschlossen:

- Gerhard Budde, Retuscheur, Buch-Nr. 56 204, Alfred Müller, Chemigraph, Buch-Nr. 49 711, Hans Neubert, Chemigraph, Buch-Nr. 53 246.

Der Vorstandsvorsitz.

Mehrere tüchtige Farbätzer

in Dauerstellung gesucht.

Angebote an Gustav Dreher G. m. b. H., Stuttgart, Imminhoferstraße 23.

Zinkdruckplatten

Offsetplatten Zinkätzplatten

für Auto und Strich, prima Qualität

Karl Moss G. m. b. H., Berlin SO 36, Wiener Str. 50. Fernspr. Mor. 12289.

KUMV-WERKZEUGE

für die Chemigraphie und Stereotypie. Ermöglichen durch ihre Härte und Haltbarkeit ein leichtes, schnelles und rationelles Arbeiten.

PAUL BERNDT

Spezialfabrik von Werkzeugen für das graphische Gewerbe.

Berlin S 59, Kottbuser Damm 22. Telefon: Hasenheide 8039. Lieferant der Reichsdruckerei und fast aller Großbetriebe.

Tüchtiger Reproduktions-Photograph

(für Auto und Strich) sofort gesucht. Oeff. Offerten mit Gehaltsangabe an Ludwig Kriegbaum, Nürnberg, Maxfeldstraße 34.

Traisersche Tonschneidemaschine

zu verkaufen. Oeff. Angebote an den Verlag dieses Blattes unter Nr. 1017.

Kritzpapier

iefert H. Prössel, Dessau, Turmstraße 3.

Höhere Fachschule für das graph. Gewerbe an der Kunstgewerbeschule Barmen

Sonderkurse

im Gesamtgebiet des Offsetdrucks Dauer 1-2 Monate, je nach Vorbildung. Prospekte durch Dir. Prof. Montenbruck

Für Graphiker

ein praktischer Ratgeber mit 48 illustrierten Beispielen aus der Klischee- u. Drucktechnik von Hans Eckstein. (Höchste Anerkennung der Fachpresse.)

Aus dem Inhalt: Die Wichtigkeit der Klischees nebst den näheren Bezeichnungen. Die Unterschiede und der Werdegang des Holzschmittes - Strichzügen - Autotypien - Galvanos und Stereotypen. Wie soll die Zeichnung für Reproduktionszwecke beschaffen sein? Ihre Technik. - Praktische Maßgaben. - Die Wirkung illustrierter Inserate. - Striche in Verbindung mit Rasterkombination. - Positiv-Retusche. - Farben-Klischees. - Die Abnutzung der Klischees und ihre Ursache. - Klischeebehandlung und Aufbewahrung und dgl. mehr! Preis 2,80 RM. gegen Nachnahme oder Vorauszahlung Postcheckkonto Leipzig Nr. 15078 Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8.

Fachliteratur!

Praktikum des Stein- u Zinkdruckes von Witzte. Preis inkl. Nachnahme 10.20 RM.

Der Werdegang der Autotypie. Preis inkl. Nachnahme 5.05 RM.

Der Werdegang des Tiefdruckes. Preis inkl. Nachnahme 5.05 RM.

Der Werdegang des Offsetdruckes. Preis inkl. Nachnahme 4.05 RM.

Zu beziehen durch Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig.